Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Erscheint täglich außer Montag.
Dieselbe ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39. | Breslau, Dienstag, 16. Februar 1892. | 3. Jahrgang.

„Die Waffen nieder!"

I.

Berliner Brief.

60.

.....t. — Erst vor Kurzem ist der Schriftsteller Heinrich Peus, dessen Geschick augenblicklich das Gemüt vieler Genossen bewegt, wegen einzelner Ausführungen in einem gegen den Militarismus gerichteten Vortrage zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Aber nicht allein wir sind Gegner des Militarismus, nicht allein von uns wird die Forderung auf „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege" gestellt. Auch außerhalb unserer Partei erheben sich Friedensstimmen wolmeinender Männer und Frauen, die für Beseitigung der völkermordenden Kriege kämpfen. Woher auch diese Stimmen ertönen mögen, uns kann es gleichgiltig sein, wenn sie nur dazu beitragen, unsere Ideale verwirklichen zu helfen.

Als vor wenigen Monaten bei Gelegenheit der lärmenden Verbrüderungsfeste zu Kronstadt sich „Ueberkultur und Unterkultur" die Hand zu reichen schienen zum gemeinsamen Bunde, da tönte eine solche Friedensmelodie leise zu uns herüber aus Moskau. Sie ging aus von einem Grafen L. Kamarowsky, welcher dort an der Universität eine Professur für Völkerrecht innehat. Kamarowsky hat drei Abhandlungen (Berlin, bei Puttkamer und Mühlbrecht) veröffentlicht über die Friedensbestrebungen der Völker, über die Abrüstungsfrage und über einige internationale Kongresse des Jahres 1889. In diesen Abhandlungen stellt sich der russische Friedensgraf die Frage: „Wie ist die Kriegsgefahr oder gar die Kriegsmöglichkeit aus der Welt zu schaffen?" —

Seine Antwort lautet: „Internationale Lösung aller Kriegsprobleme durch internationale Friedens-Kongresse. Seine Idee von einem internationalen Schiedsgericht ist wenigstens teilweise schon einige Male praktisch ausgeführt worden. Die Amerikaner haben damit die alte Kultur Europas in diesem Punkte überholt. Unzivilisirte oder Kinder greifen zum Knüttel und ballen die Faust, wenn sie in Zwistigkeiten geraten sind, der Kulturmensch sollte sich nicht blos bei Streitigkeiten zweier Einzelwesen, sondern auch zweier Gemeinwesen oder Staaten auf das Recht stützen. Die Amerikaner haben denn auch mehr als einmal in diesem Jahrhundert Schiedsgerichte berufen.

Im Jahre 1881 wählten Großbritannien und Nikaragua den Kaiser von Oesterreich zum Schiedsrichter über einen zwischen ihnen zu Managua abgeschlossenen Vertrag, Venezuela und Kolumbia wandten sich an Alfons XII. von Spanien, 1886 ernannten Bolivia und Peru eine gemischte Kommission zur Beseitigung von Streitigkeiten, Paraguay und Uruguay haben sich gegenseitig verpflichtet, etwaige Streitfälle einem Schiedsgericht zu übergeben u. a. m.

Einige Fälle von friedlichen Lösungen politischer Zwistigkeiten durch ein Schiedsgericht kennt auch Europa. 1883 verpflichteten sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Schweiz auf 30 Jahre lang, alle Streitigkeiten einem gemeinsam zu bildenden Schiedsgerichte zu unterbreiten. Man erinnert sich auch noch, wie der Streit vom Jahre 1885 zwischen Spanien und Deutschland wegen der Karolineninseln durch den Papst friedlich beigelegt wurde. (Vergl. Ztgt. Nr. 47.)

Es ist nicht zu verkennen, daß es sich in den angeführten Fällen um mehr oder weniger geringfügige Streitigkeiten handelt, und daß die Schlichtung umfangreicher Konflikte in der heutigen „Gesellschaftsordnung" auf fast unüberbrückbare Schwierigkeiten stoßen müßte. Die internationalen Schiedsgerichte setzen ein internationales Recht voraus. Ein internationales Recht existirt aber nicht, weil es kein internationales Rechtsbewußtsein giebt. Heute sind die Interessen der herrschenden Klassen unter den verschiedenen Völkern verschieden. Daraus resultiren die Erscheinungen verschiedenen Rechtsbewußtseins und die — Kriege. Hebt man durch Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privat- in den Gesellschaftsbesitz die Klassenunterschiede auf und stellt man sich auf internationale Basis, so wird sich auch ein internationales Rechtsbewußtsein bilden.

Das Recht wechselt seine Physiognomie mit dem sozialen Milieu, um einen Ausdruck H. Taines anzuwenden. Ist in der ganzen zivilisirten Welt der Sozialismus zur Herrschaft gelangt, so braucht man sich um ein internationales Rechtsbewußtsein nicht mehr zu grämen, wenigstens was alle die Fälle um Mein und Dein betrifft, welche jetzt in den weitaus meisten Fällen die Differenz zwischen zwei großen Nationen zu bilden pflegen. Der beste Beweis hierfür ist, daß schon jetzt das Gefühl gleichen Rechtsbewußtseins das Proletariat der ganzen Welt wie ein einigendes Band umschlingt.

Wir sehen hieraus, daß der Vorschlag Kamarowsky's in der heutigen Gesellschaft ein ebenso frommer wie unerfüllbarer Wunsch ist. Zweifellos entspringen seine Vorschläge aus warmem Mitleide und kommen aus ehrlichem Herzen. Zweifelhaft aber ist, ob sie einer praktischen, gesunden Logik entstammen.

Es ist das gerade charakteristisch für die heutigen Verhältnisse aller Kulturstaaten, daß tiefgehende Ver-

---

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

„Wie ich staunte, als ich hörte, es ist Signora Bianetti! Ich kannte sie zwar nur vom Teater, hatte sie sonst kaum zwei-, dreimal gesehen, aber die geheimnisvolle Art, wie ich zu ihr gerufen wurde, das Verbandzeug, das ich zu mir stecken sollte, ich gestehe Ihm, ich war sehr gespannt, was der Sängerin zugestoßen sein sollte. Es ging eine kurze Treppe hinan, eine schmale Hausflur entlang. Das Mädchen ging voran, ließ mich einige Augenblicke im Dunkeln warten, und kam mir dann schluchzend und noch bleicher als zuvor entgegen. „Treten Sie ein, Herr Doktor", sagte sie, „ach! Sie werden zu spät kommen, sie wird's nicht überleben". Ich trat ein, es war ein schrecklicher Anblick."

Der Medizinalrat schwieg, sinnend und düster, es schien sich ein Bild vor seine Seele zu drängen, das er umsonst abzuwehren suchte. „Nun, was sah Er?" rief sein Begleiter, ungeduldig über diese Unterbrechung. „Er wird mich doch nicht so zwischen Türe und Angel stehen lassen wollen?"

„Es ist mir manches in meinem Leben begegnet", fuhr der Doktor fort, nachdem er sich gesammelt hatte, „manches, wovor mir graute, manches, das mich erschreckte, aber nichts, was mir das Herz so in der Brust umdrehte, wie dieser Anblick. In einem matt erleuchteten Zimmer lag ein bleiches, junges Weib auf dem Sofa, vor ihr kniete eine alte Magd und preßte ihr ein Tuch auf das Herz. Ich trat näher; weiß und starr wie eine Büste lag der Kopf der Sterbenden zurück, die schwarzen, herabfallenden Haare, die dunklen Brauen und Wimpern der geschlossenen Augen bildeten einen schrecklichen Kontrast mit der glänzenden Blässe der Stirn, des Gesichtes, des schönen Halses. Die weißen, faltenreichen Gewänder, die wol zu ihrer Maske gehört hatten, waren von Blut überströmt, Blut auf dem Fußboden, und von dem Herzen schien der rote Strahl auszugehen, — dies alles stellte sich mir in einem Augenblicke dar, es war Bianetti, die Sängerin."

„O Gott, wie mich das rührt!" sprach der Kommerzienrat bewegt und zog ein langes, seidenes Tuch hervor, um sich die Augen zu wischen. „Gerade so lag sie noch letzten Sonntag vor acht Tagen in der Oper Othello da, als sie die Desdemona spielte. Schon damals war der Effekt so grausam wahr und wahrhaft greulich, daß man meinte, der Mohr habe sie in der Tat erdolcht; und jetzt ist es wirklich so weit mit ihr gekommen! Wie mich das rührt!"

„Habe ich ihm nicht jede übermäßige Rührung verboten?" unterbrach ihn der Arzt. „Will Er mit Gewalt wieder seine Zufälle bekommen?"

„Er hat Recht", sagte der Kommerzienrat Bolnau und fuhr schnell mit dem Tuch in die Tasche; „Er hat recht; meine Konstitution ist nicht für den Affekt. Erzähl' Er nur weiter, ich werde die Tafelscheiben am Kriegsministerio im Vorbeigehen zählen, das hilft gegen solche Anfälle."

„Zähl' er nur, und wenn es nicht hilft, so kann Er auch noch den oberen Stock des Palais mitnehmen. — Die alte Magd nahm das Tuch weg und mit Erstaunen erblickte ich eine Wunde, wie von einem Messerstich, die dem Herzen sehr nahe war. Es war nicht Zeit, mich mit Fragen aufzuhalten, so viele derselben mir auch auf der Zunge schwebten, ich untersuchte die Wunde und legte den Verband um. Die Verwundete hatte während der ganzen Operation kein Zeichen von Leben gezeigt; nur, als ich die Wunde sondirte, hatte sie schmerzlich zusammengezuckt. Ich ließ sie ruhen und bewachte ihren Schlummer."

„Aber das Mädchen und die alte Magd, hat Er denn diese nicht gefragt, woher die Wunde rühre?"

„Ich will es Ihm nur gestehen, Kommerzienrat, weil Er mein alter Freund ist; ja, als für die Kranke im Augenblick nichts mehr zu tun war, habe ich ihnen rund genug erklärt, daß ich weiter keine Hand mehr an die Dame legen werde, wenn sie mir nicht alles beichten."

„Und was sagten sie? So sprech' er doch!"

„Nach elf Uhr war die Sängerin nach Hause gekommen, und zwar von einer großen männlichen Maske begleitet. — Ich mochte bei dieser Nachricht die beiden Weiber etwas sehr zweideutig angesehen haben, denn sie fingen aufs neue an zu weinen und beteuerten mir mit den außerordentlichsten Schwüren, ich solle doch nichts Schlechtes von ihrer

besserungen zur Unmöglichkeit geworden sind, weil diese Verbesserungen sofort die Existenz der von ihnen betroffenen Gemeinwesen aufheben.

Der Kamarowskysche Antrag wird ein Wunsch bleiben, weiter nichts, weil er nicht getragen ist vom sozialistischen Gedanken. Unter der Herrschaft des Kapitals haben die oberen Zehntausend jedes Volkes ein ihren individuellen Neigungen und Interessen eigentümliches und angepaßtes Recht, welches durch Jahrhunderte lange Anwendung zum sogenannten Rechtsbewußtsein geworden ist. Unter der Herrschaft des Sozialismus dagegen wird die Uebereinstimmung der wirtschaftlichen Anschauungen zur Anerkennung der Solidarität aller Interessen der Kulturstaaten führen, und diese gleiche Auffassung der ökonomischen Verhältnisse wird den festen Pol bilden, von dem aus auch die Bildung eines „internationalen Gesetzbuches" zweifellos Wirklichkeit werden muß.

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

Sein 25jähriges Jubiläum feierte am 12. Februar das allgemeine gleiche Wahlrecht in Deutschland. Am 12ten Februar 1867 fanden die ersten Wahlen zum Norddeutschen Reichstage statt. Bismarck beabsichtigte mit dem allgemeinen Wahlrecht, die liberale Opposition zu vernichten, indem er die großen Massen des Volks, die bis dahin politisch vollständig bedeutungslos und daher auch betreffs ihrer politischen und sozialen Forderungen und Ansprüche im Unklaren oder in Unwissenheit waren an den Wahltisch berief. Die Vernichtung der liberalen Opposition hat er erreicht; die liberale Bourgeoisie selbst half ihm, den Liberalismus zu vernichten und Schritt für Schritt allen reaktionären Bestrebungen den Weg zu bahnen. Wenn aber Bismarck glaubte, die großen Volksmassen für sich als willenlosen Anhang zu gewinnen, so hat er sich darin gründlich getäuscht. Die noch junge und schwache Sozialdemokratie bemächtigte sich des allgemeinen Wahlrechts und gestaltete es zu einer Waffe der deutschen Arbeiter in ihrem Emanzipationskampf. Die Forderung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts war der Kernpunkt des von Lassalle gegründeten „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins". Am 31. August 1865, am ersten Jahrestag des Todes Lassalle's, ertönte zuerst die zur Totenfeier Lassalle's gedichtete Arbeiter-Marseillaise von Jakob Audorf, und seitdem sind wol von Millionen Lippen tausendfach die Worte erklungen:

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
In dem wir siegen — nun wolan,
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
Nur gleiches Recht für Jedermann!

Freilich, der ideal gesinnte Audorf vergaß, daß das gleiche Recht für Alle den ärgsten Stein des Anstoßes für die Ausbeuter bilden mußte. Sie ließen die Apostel des gleichen Rechts für Alle ihren Haß büßen, und die Wut, die gegen sie entfesselt wurde, überhieß alles, was die Geschichte von Verfolgungen Unterdrückter zu melden hat.

Von Lassalle hatte Bismarck den Plan empfangen, das allgemeine gleiche Wahlrecht gegen die opponirende Bourgeoisie zu benutzen; mit den Arbeitern dachte er leicht fertig zu werden. Da aber hatte er sich verrechnet; der pfiffige Staatsmann glaubte sich Lassalle's für die eigenen Zwecke zu bedienen und wurde selbst zum Werkzeug Lassalle's. Lassalle gab ihm den Bogen, und der pfiffige Staatsmann schoß den Pfeil ab, der die herrschenden Klassen ins Herz treffen sollte.

Berlin. Die Volksschulgesetz-Kommission lehnte den neu beantragten Rickert'schen § 1a ab: Neben der Volksschule dürfen auf Staats- oder Gemeindekosten Elementarunterrichts-Anstalten weder selbstständig errichtet noch mit anderen Lehranstalten verbunden werden. Die Kommission nahm die §§ 2, Zahl der Volksschulen, 3, räumliche Verteilung der Volksschulen und 4, Höchstbetrag der Kinderzahl in den Volksschulen, in der Fassung der Vorlage an.

Zu § 5, die Unterrichtsgegenstände der Volksschule betreffend, beantragte der Abg. Dr. v. Jazdzewski die Anfügung folgenden Absatzes: „In denjenigen Landesteilen, wo neben der deutschen noch eine andere Nationalität einheimisch ist, soll der Religionsunterricht in der Muttersprache der Kinder erteilt und dieselbe als Unterrichtsgegenstand in den Lehrplan aufgenommen werden." Demgegenüber beantragen die **Nationalliberalen**, hinzuzufügen zu § 5: „Der Unterricht wird in allen Unterrichtsgegenständen in deutscher Sprache erteilt." Beide Anträge wurden abgelehnt. Der Minister Graf Zedlitz bemerkte gegen den nationalliberalen Antrag, er wisse nicht, wie man Kindern, die selbst nicht deutsch können, die deutsche Sprache beibringen könne, wenn man sie nicht in ihrer Muttersprache unterrichte.

Deutschfreisinnige Sozialpolitik, frei nach Eugen Richter. Der Professor der Physiologie an der Erlanger Universität, **Rosenthal**, hat einen Vortrag im Fürther deutschfreisinnigen Verein über **Staatssozialismus** gehalten. Der Vortrag gipfelte darin, daß der Redner es für „überflüssig erachtet, die so wenig begründeten Theorien der Sozialdemokratie zu widerlegen, daß der Katedersozialismus, in die gesetzgeberische Praxis übertragen, weit gefährlicher ist und daß derselbe, weil verderblich und schädlich, wieder verschwinden werde. Mit dem Staatssozialismus wachse die **Unzufriedenheit und Begehrlichkeit**. Der Staat habe nur zu sorgen, daß der Entwicklung des freien Genossenschaftswesens keine Hindernisse im Wege stehen. In der Natur geht der Schwache unter, und es ist ein Vorteil, daß der Schwächliche nicht fortkommt. Bei den Menschen müsse dem wirtschaftlich Schwachen Hilfe durch die **Privatwohltätigkeit** werden. Durch Gesetze könne die Verteilung der Lasten und Wohltaten nicht der Wirklichkeit angepaßt werden." Das ist auch in Bayern deutschfreisinnige Sozialpolitik!

× **Berlin.** In der 171. Plenarsitzung des Reichstages wurde die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1892.93, fortgesetzt.

Es handelt sich um den Spezial-Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen.

Hieran schloß sich eine größere Anzahl von Berichten der Kommission für die Petitionen.

Berlin. Ueber Berliner Anarchisten bringt die „Post" eine Reihe von polizeilich inspirirten Mitteilungen, denen wir Folgendes entnehmen: Die Anarchisten von der „Propaganda der Tat" bilden in Berlin 11 Gruppen, von denen je eine auf Rixdorf und Charlottenburg entfällt. Jede besteht aus 10 bis 15 Mitgliedern, 2 Vertrauensleuten und 2 bis 3 „Deckadressen", d. h. erprobten Genossen, die die zugesandten Gelder und Schriften zur weiteren Verbreitung in Empfang nehmen. Die einzelnen Gruppen hielten im vergangenen Monate achtzehn Sitzungen ab, und in demselben Monat tagten noch 3 Versammlungen der vereinigten Gruppen. Die Einnahmen betrugen im Januar rund 90, die Ausgaben rund 140 und der Kassenbestand gegen 980 Mk.; die Mitgliederzahl belief sich für Berlin und Umgebung auf 254. In einer am Montag Abend von 190 Personen besuchten Versammlung aller Gruppen sei beschlossen worden, den jüngst verhafteten Anarchisten einen nichtsozialdemokratischen Rechtsanwalt zur Seite zu stellen. Ein zweiter Hauptpunkt der Tagesordnung war die Einführung zweier aus Rußland flüchtig gewordener Nihilisten, die mit lauten Beifallskundgebungen willkommen geheißen wurden. —

Wie viel an diesen Mitteilungen Wahres, wie viel Dichtung (Spitzelbericht) ist, entzieht sich natürlich unserer Beurteilung. Die Verhaftungen wegen Anarchisterei werden übrigens fortgesetzt. In den letzten Tagen sind wieder 4 Personen verhaftet worden, insgesammt also 16.

Ein sächsischer Erlaß. Das sächsische Ministerium des Innern hat an die Kreishauptmannschaften verfügt, daß in Zukunft bei der Handhabung der Rechtsgrundsätze, die auf das Vereins- und Versammlungsrecht Bezug nehmen, der Unterschied zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien in Fortfall komme.

Die betreffende Stelle des Erlasses lautet:

„Es ist hierbei vor allen Dingen an den Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Partei und den anderen politischen Parteien zu denken. Mögen auch die Bestrebungen der ersteren für die allgemeine Wohlfahrt wenig erwünscht sein, so erscheint es aber doch bedenklich, ihr gegenüber die präzeptiven Vorschriften des Gesetzes anders durchzuführen als den sogenannten Ordnungsparteien gegenüber. Es wird daher auch bezüglich dieser letzteren daran festzuhalten sein, daß nach §§ 24 fg. Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen (soweit sie nicht unter § 26 fallen, d. h. soweit sie nicht entweder durch das Gesetz oder die gesetzliche Autorität begründet, oder, wie z. B. die zu Sachsens Militär-Vereins-Bund gehörigen Militär-Vereine und in gewissem Sinne auch die Landwirtschaftlichen Vereine und die Gewerbe-Vereine, von der Staats-Regierung anerkannt oder bestätigt sind), nur dann Zweigvereine bilden und sich mit anderen Vereinen in Verbindung setzen dürfen, wenn sie das Recht der Körperschaft erlangt haben und ihnen jene Rechte ausdrücklich erteilt worden sind."

Es mußte schon arg gewirtschaftet sein, damit ein solcher Erlaß überhaupt möglich wurde. Es handelt sich dabei um ein amtliches Schriftstück, das

---

Herrschaft denken; es sei die lange Zeit, seit sie ihr dienen, nie nach vier Uhr Abends ein Mann über ihre Schwelle gekommen; das kleinere Mädchen, das wol Romane mußte gelesen haben, wollte sogar behaupten, Signora sei ein Engel von Reinheit."

„Das behaupte ich auch", sagte der Kommerzienrat, indem er gerührt die Scheiben des Palais, dem sie sich näherten, zu zählen anfing; „das sage ich auch; der Bianetti kann man nichts Böses nachsagen, sie ist ein liebes, frommes Kind, und was kann sie denn dafür, daß sie schön ist und ihr Leben durch Gesang fristen muß?"

„Glaub Er mir", entgegnete Lange, „ein Arzt hat hierin einen untrüglichen psychologischen Maßstab. Ein Blick auf die engelreinen Züge des unglücklichen Mädchens überzeugte mich mehr von ihrer Tugend als die Schwüre ihrer Zofen. Doch höre er weiter: die Sängerin trat mit dem Fremden in dieses Zimmer und hieß ihr Mädchen hinausgehen. Diese war vielleicht aus Neugierde, was wol dieser nächtliche Besuch zu bedeuten habe, der Türe nahe geblieben; sie hörte einen heftigen Wortwechsel, der zwischen ihrer Dame und einer tiefen, hohlen Männerstimme in französischer Sprache geführt wurde; Signora sei endlich in heftiges Weinen ausgebrochen, der Mann habe schrecklich geflucht; plötzlich hörte sie ihre Dame einen gellenden Schrei ausstoßen, sie kann sich vor Angst nicht mehr zurückhalten, reißt die Türe auf, und in demselben Augenblick fährt die Maske an ihr vorbei und durch den Gang an die Treppe. Sie folgt ihm einige Schritte, vor der Treppe hört sie ein schreckliches Gepolter, er muß hinuntergestürzt sein. Von unten dringt ein Aechzen und Stöhnen herauf wie das eines Sterbenden, aber es graut ihr, sie wagt keinen Schritt weiter vorzugehen. Sie geht zurück in die Türe — die Sängerin liegt in ihrem Blute und schließt nach wenigen Augenblicken die Augen. Das Mädchen weiß sich nicht zu raten, sie weckt die alte Magd, ihrer Herrschaft einstweilen beizustehen, und springt zu mir, um vielleicht Signora noch zu retten."

„Und die Bianetti hat noch nichts geäußert? Hat Er sie nicht befragt?"

„Ich ging sogleich auf die Polizei und weckte den Direktor; er ließ noch um Mitternacht alle Gasthöfe, alle Gassenkneipen, alle Winkel der Stadt durchsuchen; aus dem Tore ist in jener Stunde Niemand passirt, und von jetzt an wird Jedermann strenge untersucht.

Die Hausleute, die im obern Stock wohnen, erfuhren die ganze Sache erst, als die Polizei das Haus durchsuchte; unbegreiflich war es, wie der Mörder entspringen konnte, da er durch seinen Fall hart beschädigt sein mußte, denn man fand viel Blut unten an der Treppe, und es ist mir nicht unwahrscheinlich, daß er sich im Falle durch seinen eigenen Dolch verwundet hat.

(Forts. folgt.)

Literatur.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 3 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die alte Geschichte vom Splitter und Balken. — Wirtschaftliche Abhängigkeit und sittliche Widerstandskraft. — Jessa Helfmann. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. — Feuilleton: Weihnachten, Erzählung von Minna Kautsky (Fortsetzung).

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564a) beträgt der Abonnements-Preis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz Verlag) ist soeben das 20. Heft des 10 Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Volk in Waffen. — Gerhart Hauptmann. Von Gustav Landauer. — Das Wahlrecht der Frauen im Auslande. — Die ökonomische Lage der andalusischen Bauern. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Die Lessing-Legende. Eine Rettung von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Für unsere Hausfrauen.

Der Handel mit Margarine und Ersatzmitteln für Butter ist, wie verlautet, höheren Ortes den Polizeibehörden zur schärferen Ueberwachung empfohlen, da man weitgehende Schwindeleien auf diesem Gebiete festgestellt hat. Die Polizeibehörden sind zu öfteren unvermuteten Revisionen und zur Entnahme von Proben angewiesen, durch deren chemische Untersuchung strafbare Verstöße ermittelt werden sollen. — Dieses Vorgehen der Polizeibehörden ist recht löblich und ist nur zu wünschen, daß die Polizeibeamten in diesem Punkte recht auf dem Posten sind, damit den Nahrungsmittelfälschern das Handwerk gelegt wird, denn auf den Schwindel fallen doch nur die Aermeren hinein. Reiche Leute haben es nicht nötig, Kunstbutter zu genießen.

ebenso wenig für das Licht der Oeffentlichkeit bestimmt war, wie der militärische Erlaß des sächsischen Höchstkommandirenden über Soldatenschindereien.

Das Schreckenskind der Ultramontanen. Die „Köln. Volks-Ztg.“ setzt den Herrn von Schalscha, den Abgeordneten für Oppeln-Falkenberg, tüchtig zurecht. Sie wäscht ihm verdientermaßen den Kopf mit den nachstehenden Worten:

„Der Herr Abg. v. Schalscha hat neuerdings in den parlamentarischen Körperschaften mehrere Aussprüche getan, welche nicht ohne Widerspruch bleiben können. Im Abgeordnetenhause sagte er z. B. bei Beratung des Bergetats, die Erhöhung der Löhne komme nur der Sozialdemokratie zu Gute. Wir müssen es lebhaft bedauern, daß ein Mitglied der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses derartige verschrobene, mit den Anschauungen des Zentrums unvereinbare und den Gegnern eine bequeme Handhabe zu Verdächtigungen bietende Sätze ausspricht. Die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse ist ein durchaus berechtigtes und leider auch vielfach sehr notwendiges Bestreben; so lange dasselbe mit gesetzlichen, verständigen und sonst vorwurfsfreien Mitteln verfolgt wird, ist nicht das Mindeste dagegen einzuwenden. Jedes Verständnis fehlt uns dafür, inwiefern eine Erhöhung der Löhne nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen soll; ganz im Gegenteil gehören schlechte Lohnverhältnisse zu den wirksamsten Handhaben der sozialdemokratischen Agitation. Man wird übrigens bemerkt haben, daß Herr v. Schalscha bei mehr als einer Gelegenheit eine von der gesammten oder nahezu der gesammten Fraktion abweichende Haltung eingenommen und wiederholt in recht extremen Wendungen begründet hat. Wir finden das wenig rücksichtsvoll gegenüber der Fraktion und begreifen vollständig, daß man in den Wahlkreisen des Herrn Abgeordneten von dessen Auftreten mehrfach wenig erbaut gewesen ist.“

Ganz gut soweit! Nur eins zur Berichtigung: Schlechte Lohnverhältnisse gehören zu den wirksamen Handhaben der sozialdemokratischen Agitation, während gute Lohnverhältnisse erst die wirksamste Handhabe für unsere nachhaltige Agitation liefern.

So muß es sein; denn denen, die der Menschheit Höchstes wollen, müssen alle Dinge, alle Verhältnisse zum Besten dienen.

Kulturfortschritte! „Philantropische Granaten“ wird man ohne Zweifel in militärischen Fachkreisen die Granaten taufen, mit deren Bearbeitung für die deutsche Armee seit einiger Zeit die Eisengießerei von J. C. Braun in Reichenbach i. V. beschäftigt ist. Diese Granaten sind nach einem neueren Verfahren hergestellt. Dieselben werden im Mannesmann-Werk zu Siegen aus Gußstahl gewalzt und in Reichenbach ausgebohrt und polirt. Die weitere Behandlung findet in den Artilleriewerkstätten zu Gießen statt. Die aus Gußstahl gewalzten Granaten haben vor den früheren aus bloßem Gußstahl hergestellten Granaten den Vorteil, daß sie beim Explodiren nicht wie jene, nur in mehrere große Stücke zerspringen und meist nur schwere oder tötliche Verwundungen hervorbringen, sondern in viele kleine Teile springen und auf diese Weise vermöge der größeren Streuung zwar zahlreichere, aber weniger tötliche Verletzungen verursachen.

Den Gipfel konfessioneller Frömmigkeit dürfte der Stadtrat Klinkhardt in Reichenbach (Sachsen) erklommen haben. Er lehnte das Gesuch ab, „die Reichstags-Wählerlisten auch während einiger Stunden an dem in die Auslegefrist einfallenden Sonntag auszulegen.“ Bis jetzt war, wie das „Vogtländische Volksblatt“ mitteilt, den Reichenbacher Sozialdemokraten nicht bekannt, daß der Stadtrat ein so strenger Feind der Sonntagsarbeit sei. Bei der tiefen konfessionellen Religiosität, die in neuester Zeit die herrschenden Klassen durchdringt, ist uns jener Wandel aber natürlich durchaus erklärlich.

Luttenbach. Dem „Els. Tagbl.“ wird berichtet: „Hier geht das Gerücht, ein stellenloser Arbeiter habe versucht, seine fünf Kinder zu vergiften. Er soll ihnen eine Suppe haben vorsetzen wollen, welche er mit Streichhölzchen vergiftet hatte. Durch das Dazwischenkommen seiner Frau, welche Verdacht schöpfte, soll jedoch sein schändliches Vorhaben vereitelt worden sein.“

Ein verdienstloser Arbeiter, der aus Verzweiflung seine nach Brot schreienden Kinder zu töten versucht — das Bild ist in unserer „göttlichen Weltordnung“ nicht neu. Derartige Vorkommnisse sind unter den heutigen Gesellschaftsverhältnissen vielmehr ganz natürlich. „Schändlich“ sind aber nur diese Gesellschaftsverhältnisse selbst, nicht ihre unglücklichen Opfer.

Neue Militärmißhandlungen in Karlsruhe veröffentlicht die „Neue Badische Landeszeitung“. Bei der dortigen zweiten Ersatzkompagnie des Grenadierregiments kam Folgendes vor: Ein Mann macht beim Exerziren eine falsche Wendung. Vizefeldwebel Bieser sah dies von ferne und rief: „Wenn der nochmal eine falsche Wendung macht, so soll ihm der Nebenmann in's Gesicht spucken.“ Darauf ging nun der Unteroffizier Müller hin und befahl dem Nebenmann, er solle seinem Kameraden in's Gesicht spucken. Trotz Wiederholung des Befehls kam dieser demselben aber nicht nach; da sagte Müller: „Sie wissen es, scheint's, nicht, wie man es macht. So macht man's!“ Bei diesen Worten spie er nun dem Manne, welcher den Fehler gemacht hatte, in das Gesicht. Anfügen wollen wir noch, daß diese gemeine Beschimpfung einem gebildeten Manne zugefügt worden ist. Auf Befehl dieses selben Müller mußten übrigens auch verschiedene Leute feldmarschmäßig das Mittagessen fassen und verzehren. — Zugleich berichtet die „Neue Badische Landeszeitung“ über grobe Schimpfworte, der sich zwei Offiziere beim Regiment wiederholt gegen Mannschaften bedient haben sollen.

Betreffs der bayerischen Militärmißhandlungen schreibt das „Bayerische Vaterland“: Ein herzerquickendes Intermezzo war offenbar die Rede des bayerischen Generals v. Haag, des Inhalts: in Bayern werde wegen Soldatenmißhandlungen auf das strengste gegen die Schuldigen vorgegangen, und es sei im Landtag auch eine Minderung konstatirt. — Der Herr General hat recht, es giebt ganz grausame Strafen gegen unteroffizierliche Soldatenschinder. Da kann einer gleich acht, wo nicht gar 14 Tage Arrest deshalb kriegen, ja aus dem bekannten Putzbrettlprozeß erinnern wir uns, daß der betreffende Unteroffizier sofort nach Sibirien geschickt, nämlich von Kempten nach einem — Münchener Regiment versetzt wurde! Kein Wunder, daß so überaus strenge Strafen bewirkt haben, daß man jetzt nur noch jeden zweiten oder dritten Tag von einer neuen Soldatenschinderei zu lesen bekommt.

Der „antikollektivistische“ Bauernschädel scheint auch in Württemberg im Verschwinden begriffen zu sein. Einem Muckerblättchen wird über die Stimmung unter den Bauern geschrieben: „Endlich kommt einmal ein Vorschlag, was durch Pfarrer und Lehrer geschehen sollte im Schulhaus (es handelt sich um das Halten von religiösen Vorträgen). Ich bitte Sie, dringen Sie darauf, bis es vollkommen verwirklicht ist. Wenn so etwas nicht geschieht, so haben wir in ein paar Jahren auf den Ortschaften lauter Sozialdemokraten! Wenn Sie glauben, es sei nicht so nötig, so werden Ihnen bei der nächsten Reichstags-Wahl die Ohren gellen. Sie glauben nicht, wie viele ehrbare, reiche Bauern dabei sind, auf die man ein Felsenschloß gebaut hätte. Sie glauben nicht, was für „Mücken“ manche Leute über Fürsten 2c. im Kopfe haben.“ — Wenn der deutsche Bauer über die Geschichte seiner Klasse unterrichtet wird, dürfte ihm der Tag von Damaskus in unserem Sinne noch näher sein.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Parteitag der galizischen Sozialdemokratie, der Anfang dieser Woche in Lemberg tagte, erklärte sich entschieden gegen das terroristische Treiben gewisser Elemente; die Sozialdemokratie widme sich der Aufklärung der Massen und werde sich nicht zu Gewaltmaßregeln hinreißen lassen. Entschiedene Mißbilligung sprach der Parteitag dem hetzerischen Treiben der Antisemiten aus; das jüdische Proletariat habe die gleichen Rechte wie die übrigen Drangsalirten und daher auch eine kräftige Unterstützung seiner Interessen zu beanspruchen. Im Rahmen des Sozialismus finde die Nationalität sehr wol Platz. Die Betätigung des polnischen Nationalbewußt eins widerspreche nicht den Grundprinzipien der Sozialdemokratie. Um dem Sozialismus auch unter den Ruthenen mehr Verbreitung zu verschaffen, wurde die Organisirung eines besonderen ruthenischen Komitees und die Herausgabe eines ruthenischen Partei-Organs beschlossen. Die Versammlung ging unter den Klängen der Arbeiter-Marseillaise auseinander.

Etwas Unerhörtes, schreibt die Oesterreichische „Arb.-Ztg.“, hat die Geister (insofern die guten Bürger so etwas wie Geist besitzen) der tonangebenden Kreise von Chrudim in die größte Aufregung versetzt. Eine Monatsschrift „Rozhledy“ (Nationalökonomische Rundschau) erblickte dort das Licht der Welt, und das ungeratene Geisteskind will sich — jetzt kommt das für die Pferdehändlerstadt Chrudim Unerhörte — mit Soziologie befassen. Darob große Entrüstung. Zu was brauchen Pferdehändler sozialwissenschaftlich gebildet zu sein? Wenn sie nur wissen, was Profit heißt. Uebrigens, wir sind „Etiker“ und unsere Kinder dürfen nicht verführt werden. Der löbliche Stadtrat tritt zusammen. Die anstößige Monatsschrift wird auf die Tagesordnung gesetzt, gründlich bekrittelt und schließlich als „gottesleugnerisch und aufrührerisch“ in Acht und Bann erklärt. Ein Zirkular wird an die Leitungen der Mittelschulen erlassen: Die Schüler dürfen das verpönte Werk bei Leibe nicht in die Hände bekommen, es ist ansteckend. Den Professoren der Handelsakademie wird verboten, für die „Rozhledy“ zu schreiben, und um gründlich zu sein, wird beschlossen, der Bürgermeister Klimesch sei nach Prag zum Statthalter zu schicken, um eventuell die Unterdrückung des gefährlichen Blattes zu erwirken. Die Herausgabe des zweiten Heftes soll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hintertrieben werden. So geschehen in Chrudim am 10. Januar im Jahre des Heils 1892. Wem fällt da nicht Heines „Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen“ ein:

„Auch Gottesleugner sind es meist:
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwolweises Walten:
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.“

Belgien.

In Bezug auf das belgische Königs-Referendum ist mit den Klerikalen eine vorläufige Einigung erzielt worden. Eine am Mittwoch stattgehabte Versammlung der Mitglieder der Rechten beider Kammern erklärte sich damit einverstanden, daß wegen des Referendums ein Spezialgesetz entworfen werde, welches die Fälle besonders bezeichnet, in denen eine Berufung an das Volk zulässig sei. Der klerikale Deputirte Woeste, der bisher dem Referendum so entschieden Opposition gemacht hatte, erklärte sich heute für das so abgeänderte Gesetz.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung. (Schluß.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Im vorigen Jahre sagte der Herr Staatssekretär, es wäre selbstverständlich Pflicht des Reiches, dafür zu sorgen, daß Leute auch nicht eine Stunde unschuldig in Untersuchungshaft zubringen müßten; heute sagte er, wir wollen sehen, was die Einzelstaaten in dieser Sache machen werden. Er scheint für die Ueberschrift des G.-E., nicht für den Inhalt zu schwärmen, bei uns ist das Gegenteil der Fall. Wir wollen nicht um Gnade flehen, wo wir verlangen können, daß uns ein Recht zugebilligt wird. Last not least ist der unendliche Mangel an Vertrauen zu den Gerichten daran schuld, daß viel unschuldig Verurteilte sich bei dem Urteile beruhigten, ohne ein Gnadengesuch einzureichen. Leute, die einmal mit den Gerichten zu tun gehabt haben, haben oft genug erklärt, auch wenn sie freigesprochen sind oder nur als Zeugen vorgeladen waren, sie möchten niemals mehr mit dem Gerichte etwas zu tun haben. Männer, wie Dernburg und v. Holleben haben Urteile über unsere Richter gefällt, wie sie auch jetzt wieder in den „Grenzboten“ dargelegt werden. Es wird dort ausgeführt, daß Personen in das Richteramt hineinkommen, die infolge ihrer mangelhaften Vorbildung und infolge ihrer Schneidigkeit, Patentheit und Feudalität bei vielen Leuten so wenig Vertrauen erwecken, daß Letztere darauf verzichten, ein Gnadengesuch einzureichen. Wenn eine Volksabstimmung darüber veranstaltet würde, würde die große Mehrheit der Bevölkerung sich dahin entscheiden, daß die Urteile nicht gerecht sind, besonders in Prozessen mit politischer Tendenz. Der Richter wird oft durch die Umstände so gefangen in seinem Urteil, daß es ihm schwer fällt, ein gerechtes Urteil zu fällen; er ist in vielen Sachen sogar völlig Partei, so z. B. bei Anklagen wegen Aufreizung einzelner Bevölkerungsklassen gegen andere. Bei dem heutigen Stande unseres Rechtssystems ist es in einer ganzen Reihe von Fällen nicht möglich, ein unparteiisches Urteil zu erzielen. Bei diesem Mangel an Vertrauen in unseren Richterstand ist es ein Bedürfnis, daß eine Entschädigung unschuldig Verurteilter baldigst Gesetz wird, die Hauptsache ist nicht die Entschädigung unschuldig Verurteilter, sondern die Entschädigung unschuldig in Untersuchungshaft Genommener. Wenn in dem Antrag Träger die Rede ist vom Schuldigen, so ist als solcher in erster Reihe der Staatsanwalt in Anspruch zu nehmen. Die Entschädigung unschuldig in Untersuchungshaft Genommener ist darum so nötig, weil die Untersuchungshaft in viel ausgedehnterem Umfang verhängt wird, als man es bei Schaffung des Gesetzes im Auge hatte; der Begriff „heimatlos“ in dem Sinne der zur Verhaftung ausreichenden Voraussetzung wird viel zu weit gefaßt, z. B. weiß ich aus meiner Praxis, daß irgend eines Deliktes angeklagte Dienstmädchen, die natürlich von der Dienstherrschaft entlassen wurden, dann als „heimatlos“ galten und arretirt wurden, hinterher erfolgte oft Freisprechung. Der Abg. Bebel war zur Zeit des Sozialistengesetzes einmal angeklagt, und da er von der Landespolizeibehörde gerade ausgewiesen war, wurde er als „heimatlos“ arretirt und demonstrativ im Polizeiwagen abgeholt — weil es eben Bebel war. Unter vielen anderen Fällen von zu Unrecht verhängten und aufrecht erhaltenen Verhaftungen will ich besonders den kürzlich vorgekommenen Fall eines Magdeburger Redakteurs hervorheben, der wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe in Untersuchungshaft genommen wurde; seine Frau hatte eine schwere Entbindung durchzumachen, und seine Freunde sammelten 10 000 Mark, die als Kaution gegeben werden sollten, damit der Inhaftirte aus der Haft entlassen und zum

Besuche seines kranken Weibes verstattet würde; das wurde nicht genehmigt, weil das Geld nicht dem Angeklagten selbst gehörte. Also, wäre er reich gewesen, so hätte man ihn aus der Haft entlassen, weil er arm war, blieb er in Haft; als die Krankheit seines Weibes schlimmer wurde, kam er nochmals um Haftentlassung ein, es wurde abgelehnt und ihm gesagt, wenn seine Frau gestorben wäre, würde man ihm allenfalls gestatten, an der Beerdigung Teil zu nehmen. (Hört! hört!) Infolge dieser Aufregungen starb die Frau, und nun wurde der Redakteur gegen eine geringere, auch von seinen Freunden aufgebrachte Kaution aus der Haft entlassen, als früher, während die frühere Entlassung den Tod seiner Frau verhütet haben würde. Wer entschädigt nun den Armen dafür, daß er neben seiner Freiheit auch des geliebten Weibes beraubt wurde? Ich verstehe nicht, wie Sie, die die Ehe und das Bestehende immer so hoch halten, so etwas zulassen können und nicht für schleunige Beseitigung solcher Zustände sorgen. Sie sprechen immer von Christentum — mir ist es sehr gleichgiltig, ob Sie das christlich oder unchristlich nennen, mir erscheint es einfach im höchsten Grade unrecht, Jemanden durch ein solches Verfahren seines Weibes zu berauben, und wenn das christlich ist . . . .

Präsident v. Levetzow: Es verstößt gegen die Ordnung des Hauses, daß ein Beamter beschuldigt wird, einem Angeklagten sein Weib entzogen zu haben!

Abg. Stadthagen: Das waren die Folgen der aktenmäßig festgestellten Handlungen der Beamten.

Präsident v. Levetzow: Das folgern Sie, Andere nicht.

Abg. Stadthagen: Ich folgere das aus den Akten, deren Studium mir manche schlaflose Nacht gekostet hat, weil ich mich fragte, ob denn die Richter und Staatsanwälte diese Folge ihrer Handlungen nicht voraussehen konnten. Unterschätzen Sie nicht den Nachteil, der durch solche Dinge dem Rechtsbewußtsein zugefügt wird und bringen Sie ein vernünftiges Gesetz in zweiter Lesung zu Stande.

Abg. Munckel (dfr.): Bei der Erhebung von Anklagen geht man doch zuweilen mit den kostbarsten Gütern der Menschen: mit dem guten Ruf, der Ehre und der Freiheit zu leichtfertig um. Ich hätte garnichts dagegen, daß man die Beamten, die jetzt nur wegen vorsätzlicher Verfehlen haftbar gemacht werden, auch für fahrlässige und leichte Verfehlen haftbar machte. Ich möchte den Reichstag bitten, den Antrag Trager anzunehmen, der ein Anfang für eine Besserung ist. Wenn dieser Anfang gemacht wird, dann wird sich zeigen, daß der Reichstag doch nicht ganz so machtlos ist.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. Lingens, daß er in der Budgetkommission nicht die Unteroffiziere als Stellvertreter Gottes hingestellt habe; er habe nur davon gesprochen, daß ein wirklicher Gehorsam nur derjenige sei, der den Autoritäten gemäß Gottes Gebot geleistet wird. Von den Unteroffizieren als Vorgesetzte habe er dabei nicht gesprochen.

Die Anträge werden nicht an eine Kommission verwiesen, sondern in zweiter Beratung demnächst im Plenum verhandelt werden.

170. Sitzung.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Vereinstaler österreichischen Gepräges.

Abg. Leuschner (Rp.) weist darauf hin, daß das Abstoßen der Silbertaler jetzt gerade die ohnehin schon niedrigen Silberpreise noch mehr drücken wird.

Staatssekretär von Maltzahn: Aus der Annahme des Gesetzes folgt nicht sofort der Verkauf des Silbers. Die Außerkoursetzung der österreichischen Taler wird erst erfolgen, wenn die österreichisch-ungarische Regierung die auf sie entfallenden Taler in natura übernommen haben wird.

Die Vorlage wird darauf unverändert mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf wird die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1892—93 fortgesetzt und zwar beim Etat der Reichseisenbahn-Verwaltung.

Bei den Ausgaben für die Werkstätten hatte vorgestern, am Mittwoch, Abg. Singer die Entlassung von sozialdemokratischen Arbeitern aus den Werkstätten getadelt.

Abg. v. Strumm (Reichsp.): Nicht blos für fiskalische Werkstätten sind die Sozialdemokraten ungeeignete Arbeiter, sondern auch für jeden Betrieb. Ich muß den Sozialdemokraten bestreiten, daß sie überhaupt eine politische Partei sind (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie treten allerdings hier als politische Partei auf und die Zahl ihrer Anhänger vermehrt sich. Sie nehmen an den parlamentarischen Arbeiten Teil und zwar in so hervorragendem Maße, daß ihre Anhänger draußen schon unruhig werden und sie sich in jeder Volksversammlung verteidigen müssen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Zustimmung rechts). Jedes Gesetz, welches etwas für die Arbeiter tut, ist von den Sozialdemokraten abgelehnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte bei allem, was ich jetzt sage, die anwesenden Mitglieder der Sozialdemokratie als ausgeschlossen zu betrachten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Warum diese Rücksicht?) Die Sozialdemokratie ist eine wirtschaftliche Gruppe, welche Gift und Haß gegen die besser situirten Klassen verbreitet und alles bekämpft, was dem Menschen heilig ist oder wenigstens heilig sein sollte. Die Partei verteidigt den Meineid (Zuruf: Stöcker, Baare, den Diebstahl (Zuruf: Schienenstempelfälschung!) und alle möglichen Dinge, jede sittliche Ordnung wird verhöhnt, so daß schließlich die Menschen zur Bestie gemacht werden. Redner verliest den Brief eines Arbeiters, welcher bedauert, daß schon die Kinder durch die Lektüre sozialistischer Schriften verdorben werden; was solle aus dieser Jugend anders werden, als eine rechtlose Räuberbande. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Staat hat in erster Linie die Pflicht, von seinem Betriebe die sozialistische Agitation fern zu halten. Das Leitmotiv der ganzen Sozialdemokratie lautet doch: die Monarchie muß fallen (Zuruf: Was hat das mit dem Eisenbahnetat zu tun! Abg. Frohme: Das ist der 78er Unsinn in neuer Auflage! Bezahlte Arbeit! Präsident von Levetzow: Ich bitte den Redner, nicht so weit von der Sache abzuschweifen.) Es muß dafür gesorgt werden, daß die jungen Leute, wenn sie zur Armee eingezogen werden (Zuruf links: Eisenbahnen!), daß sie schon vorher, wenn sie in fiskalischen Werkstätten arbeiten, so disziplinirt werden, daß sie nicht den sozialdemokratischen Ideen verfallen. (Zustimmung rechts.) Das ist berechtigter, als wenn die Sozialdemokraten ihren Genossen verbieten, mit andern, als mit ihren Vereinsgenossen zusammenzuarbeiten oder Waren zu kaufen, welche keine Kontrollmarke haben. Die Reichseisenbahnen könnten jeden Augenblick einen Streik haben, wenn sie die freien Arbeiter schützen wollen gegen die Sozialdemokraten. Das ist bedenklich, wenn der Streik nicht blos ein notwendiges Uebel, sondern ein Kampfmittel ist. Eine Broschüre von B. August — man sagt, es heißt umgekehrt August Bebel (Widerspruch Bebel's) — führt diesen Gedanken aus. Aus solchen Streiks könnte die größte Gefahr entstehen, namentlich für die Reichs-Eisenbahnen, welche dicht an der französischen Grenze liegen. (Zustimmung rechts.) Von Sozialdemokraten ist die Pariser Kommune verherrlicht worden, die Pariser Kommune hat ihren Kampf ausgefochten, während der Feind vor den Toren stand. So könnte auch bei denen Reichs-Eisenbahnen . . . (Gelächter links.) Wenn wir das Sozialistengesetz noch hätten, würde man es jetzt wol nicht aufheben. Gerade weil wir das Gesetz aber nicht mehr haben, müssen wir die Disziplin besonders streng handhaben. Eine starke Regierung hat noch niemals eine Revolution zu fürchten brauchen. Wenn Herr Bebel die Revolution verhindern will, dann müßte er die Regierung stärken, also auch die Reichs-Eisenbahnen ermächtigen (Heiterkeit), die umstürzenden Elemente fern zu halten. Ich danke dem Minister für seine vorgestrige Erklärung und hoffe, daß sie im Lande allgemeinen Anklang finden wird. (Beifall rechts.) (Forts. folgt)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Februar 1892.

Gewerkschafts-Versammlung. Heute, Montag, Abends 8 Uhr, findet bekanntlich eine Versammlung der Breslauer Gewerkschaften in Olaske's Etablissement auf der Gräbschener Straße statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Albert Schmidt-Mittweida über die Stellung der Arbeiter zu den Streiks und Boykotts sprechen wird. Dieses Tema ist so überaus zeitgemäß, daß ein zahlreicher Besuch sämmtlicher Gewerkschaften mit Sicherheit zu erwarten steht.

Auffinden einer Entseelten. Am 12. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, wurde auf dem Mittelfelde in der Nähe des Volksgartens die Leiche einer unbekannten weiblichen Person aufgefunden und nach der Anatomie geschafft. Die Person war 30—35 Jahre alt, hatte rotes Haar, aufgedunsenes Gesicht und war mit braunem Jaquet (schwarzer Sammetbesatz), mit schwarzem Kleid und schwarzer Schürze bekleidet.

Gold- und Silberarbeiter, sowie deren Berufsgenossen, als da sind: Uhrmacher, Feinmechaniker, Gürtler, Neusilber-Arbeiter u. s. w., werden auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß heute, Montag Abend, in Edlichs Brauerei „zu den drei Tauben" auf dem Neumarkt eine freie Versammlung stattfindet, deren Besuch allen Arbeitern obengenannter Branchen wärmstens zu empfehlen ist. Die Verhandlungen dieser Versammlung dürften viel zur Aufklärung der Besucher beitragen.

Obdachlose. Im Polizei-Asyl für Obdachlose waren im Januar 1892 untergebracht: 2311 Männer, 215 Weiber und 9 Kinder, zusammen 2535 Personen oder durchschnittlich täglich 82. Zieht man in Betracht, daß während der gleichen Zeit im Asyl für Obdachlose auf der Höfchenstraße Unterkommen gefunden haben: 142 Männer, 322 Frauen und 89 Kinder, zusammen 553 Personen oder durchschnittlich 18 täglich, so waren im Januar überhaupt obdachlos 3088 Personen oder durchschnittlich 100 pro Tag. Der Bestand an Inhaftirten betrug Anfang Januar 30 Männer, 6 Weiber, zusammen 36 Individuen. Im Laufe des Monats Januar kamen hinzu 1238 Männer, 309 Weiber, so daß Ende Januar in Haft verblieben: 85 Männer, 25 Frauen.

Ueber „traditionelle" Moral. Da die Ausführungen über dieses Tema in der Nummer 38 der „Volkswacht" wesentlich dazu beigetragen haben, die Genossen allerwärts im Kampf gegen den heuchlerischen Ultramontanismus zu bestärken, so sei hiermit noch eine kleine Nachlese veröffentlicht. Wir haben nicht weiter zu tun, als die Massen, speziell diejenigen Massen, die noch zur Fahne des Ultramontanismus schwören, darüber aufzuklären und zu belehren, wie es diese Herrn in ihrer Machtfülle getrieben haben, was für elende Zustände unter ihrer Herrschaft bestanden haben. Dadurch wird denselben die heuchlerische Maske heruntergerissen und ihre Anhänger werden sich, wie bereits im ersten Artikel gesagt wurde, wol schönstens bedanken, durch ihre Mithilfe dem Ultramontanismus zur Macht zu verhelfen. — In dem vorigen Artikel wurde bewiesen, wohin es führt, wenn statt einer vernunftgemäßen Entwickelung des Lebens die Kirche herrscht und gebietet. Aus dem bisher Mitgeteilten ergiebt sich mehr als zur Genüge, daß durch die Pfaffenherrschaft grade die geistige Richtung am wenigsten gefördert, daß das Wissen, als dem Glauben gefährdend, ebenso beschränkt wird, und daß man sehr irren würde, eine höhere Sittlichkeit unter solchen Verhältnissen zu erwarten. — (Der Ausspruch des Zentrums-Abgeordneten Reichensperger, bei Beratung des Volksschul-Gesetzentwurfes: „Ein Bedenken habe ich gegen die Vorlage; ich will, daß nur Lesen, Rechnen und Schreiben in den Lehrplan aufgenommen wird," beweist zur Evidenz, was die Ultramontanen anstreben.) — Das Mittelalter, die Zeit der Pfaffenherrschaft, zeigt, daß eine höhere Sittlichkeit nicht vorhanden war. Kundgebungen edler Humanität finden sich nur vereinzelt. Desto drastischer wirken sinnlose Flagellantenzüge, blutige Verfolgungen Andersdenkender wie der Albigenser, Johannes Huß u. s. w., willkürliches Entbinden von geleisteten Eiden, Inquisitionsgerichte, Judenverfolgungen und Brutalitäten jeder anderen Art. In Verbindung damit — oft die Quelle dieser Erscheinungen — treten die unglaublichsten Einrichtungen des Kultus hervor. Es wimmelte von wundertuenden Heiligenbildern und erfolgten Mirakeln, Reliquien wurden fabrizirt und Handel mit solchen angeblichen Heiligtümern getrieben; der Geld eintragende Aberglaube ward in allen Formen genährt und jener schmachvolle Ablaßhandel ausgebildet, bei dem sich selbst für noch zu begehende Sündenvolle Vergebung erkaufen ließ und wobei die Seelen Verstorbener in Schenken auf Würfelspiel gesetzt und überhaupt regelmäßig in zwei bis drei Jahren mehr Seelen aus dem Fegfeuer erlöst wurden, als Menschen gelebt hatten. Abt Marolles v. Amiens konnte als man ihm das Haupt Johannes des Täufers zeigte, ausrufen: „Gottlob, das ist das sechste Haupt des Täufers, welches zu verehren ich das Glück habe." Abgesehen von Reliquien in fremden Ländern hatte man in Bamberg u. A. ein Stück der Krippe Christi, etwas von der Milch der heiligen Maria, ein Stückchen von Aarons Rute, welche jedoch zu Mailand unversehrt gezeigt wurde. Hier noch eine besonders beglaubigte Tatsache: Die Kirche von Notre-Dame-en-Vaux zu Chalons behauptete ein Stück vom Nabel Jesu Christi zu besitzen. Am 19. April 1707 untersuchte von Noailles, der Bischof von Chalons, die Reliquie. Nachdem er festgestellt, daß sich nicht ermitteln lasse, aus welcher Materie sie bestehe, brachte er sie in eine Schachtel und entfernte sie. (Siehe: Merlins, Repertoire de Jurisprudence.) Noch jetzt besitzt man ja z. B. einen „heiligen Rock" in Trier. — Es läßt sich denken, daß unter solchen Zuständen, ungeachtet der vielgepriesenen Frömmigkeit jener Zeiten, die Moralität und das Gefühl für Sitte und Schicklichkeit auf einer sehr niedrigen Stufe stand. Bei aller scheinbaren Religiosität wird gerade aus dieser Zeit von zahllosen Meuchelmorden in den Kirchen selbst, erzählt und zwar nicht blos vermittelst des Schwertes oder Dolches, sondern noch öfter durch Vergiften des Abendmahles. So ganz verdrängt war das Gefühl für öffentliche Moral, daß ein Papst Sixtus IV. es wagen durfte, die Bewohner einer freien Stadt mit dem Banne zu belegen, weil sie die von ihm aufgestellten Meuchelmörder zur Strafe zog. Sixtus IV. tat es gegen die Florentiner wegen der Individuen, welche den Meuchelmord an Lorenz und Julius Medizis auszuführen bestimmt waren. Der Breslauer Stadtrat hatte nach den uralten Freiheiten der Stadt dem derzeitigen Domdechanten fremdes Bier wegnehmen lassen. Das Domkapitel verhängte darauf ein Interdikt gegen die Stadt; die Kirchen blieben gesperrt, die Glocken stumm, das ehrliche Begräbnis wurde versagt. (Siehe Hormayr's Biografie des König Wenzel). Wir glauben hiermit aus der Kulturgeschichte bewiesen zu haben, wie es mit der „traditionellen Moral" der Ultramontanen eigentlich aussieht. Genossen und Genossinnen, verbreitet diese Auszüge aus der Geschichte besonders bei den vom Ultramontanismus noch Abhängigen; lehrt dieselben erkennen, weshalb ihre „Hirten" so eifrig bestrebt sind, die Sozialdemokratie zu vernichten, weshalb sie immer wieder auf Gott und das Jenseits vertröstet werden. Doch nur zu dem Zweck, um sie dadurch über ihre erbärmliche Lage hinwegzutäuschen, denn von der Religion und dem Jenseits ist noch Niemand satt geworden. Diese „Hirten" sind bestrebt, ihren „Schäfchen" vor uns gruseln zu machen; sie weisen auf uns hin als Diejenigen, die die „Religion" und immer wieder die „Religion" aus dem Herzen „reißen" wollen. Zeigen wir aber den „Schäfchen" die Zustände, die bestanden haben, als ihre „Hirten" noch die alleinige Macht hatten, als die „Religion" noch herrschte, und sie werden sich entsetzt abwenden. Wir brauchen denselben den Ultramontanismus nur in seiner wahren Gestalt zu zeigen und kein „Philipp Laikus" und andere schwarze Kämpfer mit „geistigen Waffen" werden im Stande sein, ihre „Schäfchen" von uns abzuwenden.

Thudichum.

Ein Schwindler. Am 10. Januar kam zu einem Pastor in Polnisch-Kettkow, Kreis Grünberg, ein Mann, der sich als Registrator Bock aus Breslau ausgab und behauptete, soeben mit dem Zuge von Rothenburg gekommen zu sein. Er fragte an, ob er die Registratur nach den neuesten Gesetz-Vorschriften ordnen solle, er sei früher in seiner Stellung, die er durch eigene Schuld verloren, mit dieser Arbeit genau vertraut geworden. Gleichzeitig wies er eine Anzahl Zeugnisse vor, die sämmtlich das Kirchensiegel trugen. Schon am nächsten Tage wollte er mit der Arbeit beginnen, was ihm aber vorläufig abgeschlagen wurde. Da er verschiedene Ausgaben gemacht hatte, bat er um einen Vorschuß von 8 Mark, erhielt jedoch nur 6 Mark, mit denen er spurlos verschwand. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Zu seiner Ermittelung dienende Angaben sind im Zimmer 5 des Polizeipräsidiums zu machen. Der Mann war ziemlich groß, hager, hatte blondes Haar, dunkelblonden Schnurrbart und trug dunklen Kaisermantel, schwarze Pelzmütze und hohe Stiefeln.

Gemütliches. Am 11. d. M. fand die Einweihung des von den Mitgliedern des Männer-Gesang-Vereins Breslauer Hutmacher aus 32 Photografien zusammengesetzten Bildes statt. Vorsitzender Herschel hielt eine Ansprache an die Sangesbrüder. Das Bild fand seinen Platz im Vereins-Lokal, Hummerei Nr. 17. Bei einem kühlen Trunk und gutem Humor schloß die Feier. S.

Die Klauenseuche ist auf dem Breslauer Schlachtviehmarkte bei 32 vom letzten Verkaufstage dort in den Buchten verbliebenen Schweinen heute amtlich festgestellt worden. Die Tiere wurden sofort geschlachtet. Wahrscheinlich wird der Verkehr auf dem Breslauer Schlachtviehmarkte nunmehr eine Einschränkung dahin erfahren, daß bis auf weiteres Schweine wol nach Breslau eingebracht, nicht aber lebend ausgeführt werden dürfen.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 12. d. Mts. 63 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden einem Schmied auf der Bergstraße eine silberne Zylinderuhr. — Abhanden kamen einer Uhrmacherfrau auf der Kupferschmiedestraße ein helles Jaquet, einem Fräulein am Ringe ein Portemonnaie mit 22 Mark Inhalt, einer Schulvorsteherin auf der Matthiasstraße eine Porzellanbrosche. — Gefunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt und ein Muff.

Breslauer Marktpreise vom 13. Februar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Weizen, weißer	21,80	21,50	20,70	20,20	18,30	17,80
Weizen, gelber	21,70	21,40	20,70	20,20	18,80	17,80
Roggen	22,—	21,60	20,90	20,60	19,60	19,40
Gerste	17,90	17,20	16,20	15,70	14,70	14,40
Hafer	14,80	14,30	14,—	13,50	13,—	12,50
Erbsen	21,—	20,30	19,50	19,—	18,—	17,50

Heu (neues) 2,50—2,90 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 27,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Gerichtliches.

Liegnitz, 14. Februar. Strafkammer. Ein Hochstapler erster Größe hatte sich gestern in der Sitzung der Strafkammer in der Person des ehemaligen Lehrers, späteren Konzipienten Wilhelm Schor aus Breslau wegen wiederholten Betruges, Urkundenfälschung, Diebstahls und Beilegung eines falschen Namens zu verantworten. Der Angeklagte, schon wiederholt vorbestraft, darunter bereits mit über 10 Jahren Zuchthaus, hat ein einnehmendes, Vertrauen erweckendes Aeußere. Nachdem er im Jahre 1888 im Monat Juni aus dem Zuchthause in Sonnenburg nach Verbüßung einer 6jährigen Zuchthausstrafe entlassen worden war, hatte er sich in Breslau niedergelassen und erließ in den Breslauer Blättern ein Heiratsgesuch. Er suchte nämlich eine Witwe, mit welcher er Zwecks Verehelichung in Verbindung treten wollte. Auf diese Anzeige hin hatte sich die Witwe Biewald gemeldet, und dieser versprach er, sie zu heiraten, nachdem er ihr vorgeschwindelt, er sei in Breslau als Vertreter des Inspektors der Kölner Feuer-Versicherung beschäftigt und werde in Berlin als Versicherungs-Inspektor dieser Gesellschaft fest angestellt werden. Auf seine Veranlassung verkaufte die Biewald einige ihr gehörige Möbel im Betrage von 30 Mk., und nachdem sie ihm diesen Betrag ausgehändigt, mußte sie die ihr gehörigen übrigen Sachen, im Werte von 700 Mk., nach Berlin absenden. Mit der Biewald fuhr er alsdann nach Berlin, wo er jedoch ohne Wissen derselben die Möbel für 40 Mk. verkaufte. Einige Zeit lebte er nun in Berlin mit der Biewald in einem Hotel, und als das Geld zu Ende gehen wollte, begab er sich im November 1888 zu dem Generalarzt Dr. Mehlhausen, welchem er vorschwindelte, die Biewald sei seine Frau, er sei im Umzuge begriffen und sein Kind sei krank; er bat um eine Unterstützung und erhielt auch 10 Mk. Nachdem er mit der Biewald alles Geld verzehrt hatte, verdufteten er und ließ die Biewald sitzen. Um sich wieder Geld zu verschaffen, begab er sich zum Rektor Bürstenbinder, stellte sich diesem als früherer Lehrer vor und bat ihn um Reisegeld nach Breslau, um zu seiner Familie zurückkehren zu können. Bürstenbinder spendete ihm eine Mark, doch war dies dem Schor zu wenig, und um mehr Geld zu erhalten, gab er einen Pfandschein, welcher ursprünglich über zwei goldene Ringe und die Beträge von 7 und 4 Mark lautete, und welchen er dahin gefälscht hatte, daß er hinter die 7 und 4 je eine Null gesetzt und noch das Wort Uhr zugefügt, zum Pfande, worauf er 8 Mark im Ganzen erhielt. Im Dezember 1888 begab er sich nach Kottbus zu der Witwe Raabe, deren Sohn er im Zuchthause in Sonnenburg kennen gelernt hatte, erzählte derselben, daß ihr Sohn ihn schicke, um für denselben ein Gnadengesuch einzureichen. Für die Anfertigung dieses Gnadengesuches übergab ihm die Raabe 10 Mark, doch, um mehr Geld herauszuschlagen, erzählte er derselben, er wäre in der Lage, die Begnadigung ihres Sohnes zu erwirken, er habe nämlich im Ministerium einen Bekannten und der könne eine „Schiebung" vornehmen, doch dies koste Geld. Frau Raabe gab hierauf dem Schor noch 15 Mark, und nun entfernte sich dieser. Am anderen Tage kam er angeblich von Berlin von seinem Bekannten im Ministerium nach Kottbus zurück, übergab der Frau Raabe ein von ihm gefälschtes Schriftstück als Bescheinigung, daß das Gnadengesuch besorgt sei, und erhielt nunmehr nochmals 20 Mark, so daß er sich also im Ganzen 45 Mark auf diese Weise erschwindelt hatte. Im Jahre 1890 versuchte er sein Heil bei der Frau Kommerzienrat Bruschwitz in Berlin. Das erste Mal wurde er nicht zugelassen, sondern ihm nur durch den Diener 1 Mark überreicht. Sogleich ließ er mit dem Diener zwei von ihm gefälschte und auf den Namen Techniker Oswald Schulz lautende Atteste der Frau Kommerzienrat überreichen, und dies hatte zur Folge, daß er nun selbst vorgelassen wurde. Er gab sich der Frau Kommerzienrat als Witwer aus, gab eine rührende Beschreibung über den Tod seiner Frau und Kinder und stellte sich als einen frommen Menschen dar, der ohne Schuld in Not geraten sei. Ferner erklärte er, daß er den Krieg mitgemacht habe und die Diakonissin Franz in Posen heiraten wollte. Auf Grund dieser falschen Vorspiegelung erhielt er von der Frau 20 Mk. zur Reise nach Posen, und nachdem er ihr von Posen aus geschrieben, selbstredend unter dem falschen Namen Schulz, und ihr dieselben falschen Angaben über seine Person gemacht, erhielt er weitere Beträge übersandt, im Ganzen 750 Mark. Im Februar 1891, während welcher Zeit er von dem Gelde der Frau Kommerzienrat lebte, verkehrte er beim Gastwirt Schäfer in Posen; diesem stahl er das Eiserne Kreuz und gab sich darauf bei späteren Betrügereien als alter Soldat aus. Im April v. J. kam er nach Glogau, wo er die Kellnerin Galinska kennen lernte, derselben die Ehe versprach und ihr vorschwindelte er heiße Schulz, sei Witwer mit drei Kindern und habe als alter Soldat monatlich 95 Mark Pension; außerdem aber habe er 15,000 Mark, welchen Betrag er als Techniker einer Ziegelei als Kaution habe hinterlegen müssen. Ganz dieselben unwahren Tatsachen berichtete er auch der Witwe Maucke, bei welcher er sich mit der Galinska aufhielt und diese dadurch veranlaßte, ihm Wohnung, Speise und Trank zu geben. Als der Handelsmann Klose, bei welchem die Maucke wohnte, von dem Reichtum des angeblichen Schulz hörte, fragte er ihn, ob er ihm 300 Taler borgen könne, was dieser auch großmütig zum 1. Juli v. J. versprach, an welchem Tage er die 15,000 Mark ausgezahlt erhalten sollte. Da er dem Klose eine so große Gefälligkeit zugesichert, ließ er ihn auch durch Frau Maucke um kleine Gefälligkeiten bitten, und zwar borgte er sich im Ganzen von demselben 17 Mark. Am 1. Juni v. J. erklärte er der Witwe Maucke, er müsse nach Neusalz fahren, um sich auf der dortigen Kreiskasse die Pension zu holen, er ließ sich auch noch von derselben seinen Geldbeutel in Stand setzen und bat schließlich um 9 Mark, welchen Betrag er auch erhielt, trotzdem er derselben bereits 42 Mark für Wohnung und Essen schuldig war. Von dieser Zeit ab ließ er sich nicht mehr bei der Witwe Maucke sehen, er fuhr vielmehr mit seiner nunmehrigen Braut, der Kellnerin Galinska, nach Liegnitz, wo er am 15. Juni v. J., nachdem er im Adreßbuch gelesen, daß Frau von Grävenitz Vorstands-Dame des Vaterländischen Frauen-Zweigvereins sei, mit der Galinska sich zu der genannten Dame begab, die Galinska als seine Frau vorstellte, sich als Soldat mit dem Eisernen Kreuze ausgab und unter der Vorspiegelung, er komme vom Begräbnis von Verwandten, das Geld sei ihm ausgegangen und er warte auf Geld, um nach Posen zurückreisen zu können, um einen Geldbetrag bat. Er erhielt auch 3 Mark. Am anderen Tage versuchte er nochmals, Geld zu erhalten, hatte aber kein Glück mehr. Hier wurde er schließlich verhaftet und da er ebenfalls unter falschem Namen gelebt, auch in die Gefangenenliste mit falschem Namen eingetragen. — Gestern machte der Angeklagte nur teilweise ein Geständnis, doch wurde er durch die umfassende Beweisaufnahme für vollständig überführt erachtet und zu 10 Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust, Zulässigkeit der Stellung unter polizeiliche Aufsicht und zu 2400 Mark Geldstrafe, event. noch 320 Tagen Zuchthaus, verurteilt.

Schlesien.

Ein Schuß ins Schwarze war die Einberufung einer Parteikonferenz oberschlesischer Genossen nach Neustadt. Wie uns unser Berichterstatter mitteilt, verliefen die Verhandlungen äußerst animirt und unter den Teilnehmern herrschte, wie sich das ja auch leicht denken läßt, die größte Begeisterung. Die Beteiligung der oberschlesischen Genossen an dieser Konferenz war eine für oberschlesische Verhältnisse geradezu verblüffende. Es beteiligten sich nämlich 21 Delegirte an den Verhandlungen, die 18 verschiedene Orte vertraten. Natürlich werden wir in der nächsten Nummer bereits einen Bericht über die Verhandlungen bringen, die sicher dazu beigetragen haben werden, unsere Stellung in Oberschlesien zu befestigen zur Freude aller Gesinnungsgenossen und zum stillen Grimme unserer Gegnerschaar.

Liegnitz, 14. Februar. In unserer ehrwürdigen Piastenstadt ist natürlich von Notstand ebenso wenig zu spüren, als anderswo. Erst vor kurzer Zeit berichteten hiesige Blätter über eine Frau, die, um ihren hungernden Kindern Nahrung zu schaffen, in einem hiesigen Fleischerladen Genußartikel zu entwenden versuchte. Die Polizei, welche die Sache untersuchte, mußte die Wahrheit des oben gesagten bestätigen. Am Donnerstag, 11. d. M., versuchte ein beschäftigungsloser Handlungsgehilfe, der genötigt war, sein Jacket zu verkaufen, seinem Leben durch Erschießen ein Ende zu machen. Ein armer Vater von 6 Kindern sucht in den Blättern edle Menschenfreunde, die ihm seine Kinder abnehmen, da er sie nicht erhalten kann. Eine große Anzahl von Arbeitslosen belagert Abends die Zeitungs-Expeditionen, um Stellen zu suchen. Wie viel Jammer und Elend bergen diese Tatsachen? Liest man dann noch die Soldaten-Mißhandlungen, die Bankkrachs, Defraudationen u. s. w., so beschleicht einen wirklich das Gefühl, daß es doch recht schade um diese „göttliche Weltordnung" sei. Diese Begebenheiten sind für die Sozialdemokraten die besten Agitationsmittel. Bei verständigen Arbeitern genügt ein Hinweis darauf und wenige Worte und sie sind für das gewonnen. Die Indifferenten dagegen werden am besten für das vorbereitet durch geistige Traktätchen gegen die Sozialdemokratie. Sie verstehen dann wenigstens unsere Auseinandersetzungen besser und gewinnen Interesse dafür. Der Abdruck der „Zukunftsbilder" im „Tageblatt" ist beendet und die letzte sozialdemokratische Volks-Versammlung war überaus zahlreich besucht. Das war also der „Erfolg"! Bringen die Gegner wahre Nachrichten, dann nützen sie uns, bringen sie Lügenbroschüren, dann ebenfalls. Was soll man da anfangen? A. Pöbel.

Neustadt OS., 12. Febr. Redaktion der „Volkswacht" Breslau. Ihre Nr. 6 der Wochenausgabe vom 7. Februar d. J. bringt wiederum einen längeren Artikel aus Neustadt OS., gezeichnet „Roter Weber". Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich um folgende Berichtigung desselben. 1) Es ist eine grobe Unwahrheit, daß bei den meisten hiesigen Bäckern das Brot billiger ist, im Verhältnis zum Nährwert, als das von mir hergestellte. 2) Es ist eine grobe Unwahrheit, daß darin mehrmals drei Teile Mais und der Rest noch nicht reines Roggenmehl enthalten sind. (Früher waren es vier Teile, jetzt drei, aber der Blinde sieht es ja!) 3) Es ist ferner eine grobe Unwahrheit, daß es im altbackenen Zustande ungenießbar ist. Der Rote Weber scheint auch nicht einmal zu wissen, daß Brot im warmen Zustande genossen und womöglich Wasser darauf getrunken, nicht allein Erbrechen, sondern den Tod herbeiführen kann, und daß dafür nur der unvernünftige Esser verantwortlich gemacht werden kann und darf. 4) Es ist ferner eine grobe Unwahrheit, daß, da im Einzelnen das Pfund 8 Pf. kostet, ich solches mit 7 Pf. habe. 5) Nachdem er damit kein Glück hat, kommt meine Tätigkeit als Stadtverordneter daran und da denkt der „Rote Weber", hier bleibt gewiß was daran hängen. Und wie sieht die Sache aus? Ich bin ein Gegner des Klebegesetzes, weil es auf einer staatssozialistischen Idee aufgebaut ist, die Bureaukratie vergrößert und dadurch neuerdings abhängige Wähler schafft; weil es ferner im Allgemeinen zu große Lasten auflegt und die zu zahlenden Summen viel zu klein sind, um zu befriedigen. Den gesunden Gedanken, daß der Arbeiter durch die Zahlung der Beiträge sich das Recht erwirbt, habe ich nicht bei den Straßenkehrern, sondern bei den Waldarbeitern, die als Oesterreicher anders behandelt werden sollen, zur Sprache gebracht. Daß es ferner über den Horizont des roten Weber hinausgeht, daß ich jetzt das zirka 7 Pfd. schwere, gesunde, nahrhafte und dabei äußerst billige Brot mit 72 Pf. verkaufe, glaube ich sehr gern, denn damit liefere ich grade den Beweis, daß es den verrufenen Freisinnigen wie in diesem Falle wirklich Ernst ist, das Ihrige dazu beizutragen, dem Volke ohne jeden Unterschied des politischen Standtpunktes ein gesundes, billiges Brot zu schaffen. Auf Dank habe ich dabei nicht gerechnet, wem es nicht schmeckt, der soll es nicht essen und gegen Verläumdungen und Beleidigungen werde ich mich zu schützen wissen.

Ergebenster Franz Furch.

Glogau, 12. Februar. Selbstmord eines Soldaten. Vorgestern wurde, wie man berichtet, ein Rekrut der Pioniere, Namens Kittel, aus der Gegend von Bunzlau stammend und der zweiten Compagnie angehörig, vermißt. Gestern Morgen fand man den Mann neben der Kammer der Kaserne erhängt vor, wo ihn der Kammer-Unteroffizier entdeckte. Nach vorgefundenen Briefen nimmt man an, daß ein unglückliches Liebesverhältnis den jungen Soldaten den Tod suchen ließ. (?)

Bunzlau, 12. Februar. Eine edle Tat. Heute Nachmittags wagte sich der Zögling der Seminarübungsschule Blumenberg auf das Eis des nur schwach gefrorenen Galgenteiches. Er brach ein. Trotz seines Hilfeschreiens gelang es herbeigeeilten Töpfergesellen nicht, ihn zu retten, bis endlich der Tischlergeselle Herder mit Dransetzung seines eigenen Lebens es mit unsäglicher Mühe fertig brachte, den dem Tode Nahen den schlammigen

Fluten zu entreißen. Diese Tat aufopfernder Nächstenliebe verdient die höchste Anerkennung.

Langenbielau, 13. Februar. **Einführung der Städte-Ordnung.** In der gestern hier abgehaltenen Gemeindeverordneten-Sitzung wurde mit 17 gegen 5 Stimmen beschlossen, die Städte-Ordnung für den hiesigen Ort einzuführen. — Am 6. Februar beging der hiesige sozialdemokratische Arbeiter-Wahlverein sein diesjähriges Stiftungsfest. Der geräumige Hilse'sche Saal in Neubielau war aus diesem Anlaß bis auf den letzten Platz gefüllt. Die zur Aufführung gelangten Theaterstücke erzielten großen Beifall und nahm das Fest einen überaus guten Verlauf. Mit einem begeisterten dreimaligen Hoch wurde auch der beiden inhaftirten Genossen Baginski und Feldmann gedacht.

Reichenbach u. E. **Ein erschütterndes Familien-Drama** hat sich hier ereignet. Die Frau des Barbiers T. war vor einigen Wochen mit ihren Kindern von ihrem Manne zu ihrer Mutter gezogen. Am Donnerstag fand dieserhalb vor dem Pastor Sühnetermin statt, der erfolglos blieb. Tags darauf starb das kleinste Kind und versuchte die Frau am Sonntag aufs neue bei ihrem Manne Wiederaufnahme zu finden. Da ihr dies nicht gelang, stürzte sie sich mit einer vierjährigen Tochter in die Peile, in der beide den Tod fanden. Die drei Leichen wurden neben einander gebettet.

Sagan, 13. Februar. Mit dreiviertelstündiger Verspätung traf dieser Tage der Abend-Schnellzug aus Breslau hier ein. Ursachen der Verzögerung waren ein Radreifenbruch, der in Liegnitz bemerkt worden war und das Platzen eines Dampfrohres am Kessel, welches sich in Deer-Beschen zutrug. Von dort aus mußte eine Maschine requirirt werden.

Leobschütz. Zu früh gefreut. Bei einer in Kreuzendorf, Kreis Leobschütz, stattgefundenen Versteigerung erstand ein Bieter für 6 Mark einen Ueberzieher. Als er derselbe einer Revision unterzog, fand er ein Notizbuch, in welchem ein Hundertmarkschein und eine 10 Pf.-Nickelmünze eingebettet waren. Die Freude war groß; sofort legte jedoch der Gerichtsvollzieher Beschlag auf den Fund.

Rawitsch, 11. Februar. **Gegen das neue Volksschulgesetz.** Der hiesige freie Lehrer-Verein hat in seiner letzten Sitzung den Gesetzentwurf für das Volksschulwesen einer Besprechung unterzogen und einstimmig die von der Versammlung der Berliner Lehrer gefaßte Resolution angenommen.

Winzig, 11. Februar. Am Sedantage 1890 wurde, wie man mitteilt, der auf seinem Felde arbeitende Bauergutsbesitzer Anton Benkel in dem nahen Kleschwitz durch eine Gewehrkugel im rechten Oberarm ziemlich schwer verwundet. Dabei hatte Benkel weder einen Schützen gesehen, noch einen Knall gehört. Es stellte sich aber aber bald heraus, daß der Infanterist Flint vom 58. Infanterie-Regiment, der damals während des Divisionsmanövers in Gräschine im Quartier lag, eine scharfe Patrone nach einem Birnbaum abgefeuert hatte. Die Kugel war an dem Baum vorbeigegangen und hatte den über 2000 Meter entfernten Benkel getroffen. Der leichtfertige Schütze, der die Patrone gefunden zu haben behauptete, erhielt für seinen Schuß zwei Monate Festungshaft. Erst nach sieben Monaten, am 7. April, hatte sich in dem Arme Benkels die Kugel so weit gesenkt, daß sie herausgeschnitten werden konnte. Der Verunglückte war längere Zeit unfähig zur Arbeit, und auch jetzt hat der Arm noch nicht seine volle Kraft wieder. Benkel beanspruchte eine monatliche Pension von 15 Mark, das Kriegsministerium verstand sich aber nur zur einmaligen Zahlung einer Summe von 600 Mark, womit Benkel sich zufrieden gab, und so wird er dieser Tage den Betrag ausgezahlt erhalten. Die Kugel aber, welche, ehe sie B. traf, wahrscheinlich durch heftiges Anprallen auf harte Gegenstände, an zwei Stellen abgeplattet ist, trägt Herr Benkel zum Andenken als Berloque an der Uhrkette.

Katscher O.-S., 14. Februar. Gewiß hat Genosse Kunert in seiner Rede über die „traditionelle" Moral des Ultramontanismus Recht gehabt und auch wir in unserem bescheidenen Kreise können davon manch' Liedlein singen. Wo es sich darum handelt, den Arbeitern über ihre „Genüsse" Predigten zu halten, da finden wir das Pfaffentum mit seinem augenverdrehenden Anhang obenan, wenn es aber gilt, tatsächlich zu helfen, um die Not abzuwenden, da ist es im „Pfaff" der Gottesstreiter still, unheimlich still. „Entbehret nur, es wird Euch im Jenseits vergolten werden!" Darauf denken diese Herren für ihr liebes Ich durchaus nicht aus Entbehren, und selbst der arme Proletarier muß zahlen, will er sein Kind kirchlich einsegnen lassen. Umsonst macht's der Herr Geistliche nicht und wenn er seine Groschens nicht kriegt, kann der arme Christenmensch ohne die Segnungen der Kirche begraben werden. Jawol, an der Tasche hören die Gefühle auf! Um aber den Arbeiter glauben zu machen, wie sehr man um sein gutes Fortkommen bemüht ist, veranstaltet man Weihnachtseinbescherungen, hält salbungsvolle Reden über die Barmherzigkeit der Reichen und beschenkt die kleinen Kinder in der demütigsten Weise mit einem Paar Schuhe oder einem Kleidchen. Ja, ja! so weit ist es schon in der besten aller Welten, daß selbst der fleißige Arbeiter außer Stande ist, Kleidung für die Seinen zu schaffen. Hört Ihr's, Arbeiter, die Ihr alle Werte der Welt schafft, die Ihr für den Luxus der Reichen arbeitet, die Ihr Sammet und Seide webet, damit die Frauen der Bourgeoisie ihre faulen Leiber damit schmücken, Ihr habt nicht einmal so viel, um Euch und Eure Kinder zu sättigen und zu kleiden. Und diese Zustände schildert man Euch als eine von Gott eingesetzte Ordnung und die bösen ††† Sozialdemokraten, die solch unwürdige Zustände beseitigen wollen, brandmarkt man als Zerstörer der Familie, der Ehe, der Moral! Es ist wahrhaftig zum Lachen! Als ob die heutige Gesellschaftsordnung noch viel zum Zerstören des Familienlebens übrig ließe! Das besorgt der Geldbeutel heutzutage vorzüglich! Das, Arbeiter, sind Eure „Freunde". Ihr werdet sie überall da finden, wo man auf Euch, den „Plebs", das „Pack" loswettert; Anerkennung werdet Ihr nie und nimmermehr finden. Leset z. B. den Bericht des Herrn Dr. Stegemann aus Oppeln über die Arbeiterverhältnisse in Katscher und Ihr werdet finden, daß die Not zum großen Teil — Eure eigenste Schuld ist, daß Ihr im Sommer das Geld leichtsinnig vergeudet, daß Eure Töchter sich Tand anschaffen und mit Euren Söhnen auf den Tanzböden die verdienten Taler verjubeln! Herr Dr. Staegemann weiß das ganz genau; zwar in den paar Stunden, da er hier Untersuchungen anstellte, konnte er das wol kaum herausfinden, aber er hatte eine mit den Verhältnissen vertraute Person mit sich, die als seine Vertrauensperson gelten kann. Wißt Ihr, wer diese Person war? Der Protektor des Arbeitervereins, der titelbegüterte Apotheker Herr Karl Winter, Verfechter der Innungen 2c. 2c. Die Innungen! Daß diese ganz und gar veralteten Institutionen hier noch gar so stark im Schwange sind, ist ein großer Fehler. Was haben Euch Arbeiter die Innungen genützt? Ueberlegt es Euch einmal! Nichts, rein nichts, es ist die reine Vereinsspielerei. Dem Handwerk helfen sie gar nichts! Sind zum Beispiel die Innungen im Stande gewesen, Euch während der langen Arbeitslosigkeit helfend zur Seite zu stehen? Konnten sie Euch Arbeit schaffen? Nein, tausendmal nein, sie helfen Euch nichts! Schließet Euch der modernen Arbeiterbewegung an, es giebt niemand anders, der dem Handwerker helfen kann, niemand auf der ganzen Welt, als die Sozialdemokratie! Das sehen wol auch schon Viele ein und es hat mich angenehm berührt, als ein Delegirter zum Handwerkertage, der morgen in Berlin tagt, zu mir kam und mich nach der Adresse — Bebel's und Kunert's fragte. Von diesen Herren, so vertraute er mir an, hoffe er mehr zu erfahren, als von der ganzen Innungsmeierei! — Das neue Einkommensteuergesetz hat hier vielen von den Pächtern der „Moral und guten Sitte" Kopfschmerzen gemacht. Sie versuchten es mit Mogeleien, allein es half nichts. So soll z. B. der notorisch reichste Mann in unserem Orte, ein Kaufmann und Krawattenhändler, sein Vermögen auf 13 000 Mark angegeben haben, während er vielleicht das Zehnfache besitzt; natürlich bekam er diese „auf Ehre und Gewissen" abgegebene Einschätzung zurück. Viele dagegen gingen wieder sehr gewissenhaft zu Werke; z. B. hat, wie glaubwürdig versichert wird, Herr Dr. Krohn, Direktor des Pädagogiums, genau angegeben, welchen Nutzen er nebenbei aus dem Verkaufe von Büchern 2c. an seine Schüler hat; derselbe will dafür durchaus Gewerbesteuer zahlen. Das ist doch brav! Der patriotische Turn-Verein, (derselbe hat, nebenbei bemerkt, einen Paragraphen in seine Statuten aufgenommen, wonach Treue für Kaiser und Reich die erste Turnertugend ist), hält heut und Mittwoch eine patriotische Teatervorstellung ab. Die hierzu benutzte Bühne gehört einem Konsortium von Aktionären, die für je 20 Mk. Aktien haben. Ob sie die Bühne benutzen dürfen, darnach fragen die Turner nicht, das gehört sich von selbst so, und die beiden Vorsitzenden werden diese „Schneidigkeit" ihrer Jünger gewiß billigen. Zur sozialdemokratischen Konferenz nach Neustadt sind von hier mehrere Genossen gefahren. Hoffen und wünschen wir, daß die Beratungen, die sie dort pflegen, zum Heile der Sozialdemokratie ausfallen mögen. — Zum Schluß ein kleines Späßchen. Daß unserem Genossen F. Gasthäuser untersagt sind, wissen Sie ja, aufs Aushungern kann man sich auch nicht so recht verlegen, man kämpft also mit anderen „geistigen" Waffen. Schickt da neulich besagter Genosse zu einem christlich-sozialen Innungsschlossermeister, um gegen Baarzahlung englischen Stahl (zur Fabrizirung von Ruten für die Plüschweberei) zu kaufen. Als die biedere Meistersfrau erfuhr, daß F. ihr Kunde werden wollte, sagte sie parteiisch: „Für den habe ich keinen Stahl zu verkaufen." Sehen Sie, das ist doch eine brave Patriotin, die sagt in Bezug auf Geld nicht: „Non olet" (es stinkt nicht). Der riecht doch das Geld vom ††† Sozialdemokraten.

Mark Anton.

Oppeln. Klein, aber ungemütlich. In Kupp war bis vor kurzer Zeit ein Forstreferendar S., ein gar vornehmer Herr, beschäftigt. Derselbe stand mit den übrigen Beamten, namentlich denen des Gerichts, auf sehr schlechtem Fuße. Eines Tages schrieb Herr S. an den Landgerichtspräsidenten in Oppeln einen Brief, in dem er den Gerichtssekretär M. beschuldigte, daß dieser dem Trunke in höchstem Grade ergeben, zu jeder Tageszeit angezecht in den Gasthäusern zu finden sei und durch nächtliche Ruhestörungen öffentliches Aergernis gebe. Herr M. verklagte daraufhin selbstverständlich Herrn S. wegen Beleidigung. Gestern stand in Kupp Termin in dieser Sache an; als Zeugen waren u. a. geladen ein Amtsrichter, der Apotheker und Rechtsanwalt Stralek in Kupp. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Forstreferendar S.

Kattowitz, 11. Februar. Proletariertod. Ein Unglücksfall ereignete sich gestern auf der Kleophasgrube, indem ein Zimmerhäuer, welcher gerade mit Reparaturen beschäftigt war, fehl trat und in den etwa 30 Meter tiefen Schacht hinabstürzte. Obwol sofort Rettungsversuche angestellt wurden, förderte man doch nur seinen arg beschädigten Leichnam mit zerquetschtem Schädel zu Tage. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit mehreren noch unerzogenen Kindern.

Zabrze, 12. Februar. Ein moderner Simson hatte sich dieser Tage vor Gericht zu verantworten. Der Betreffende, ein Grubenarbeiter, war beschuldigt, das Dach eines kleinen Hauses in die Höhe gehoben zu haben, so daß zwei Mauern einstürzten. Das Gericht verurteilte den starken Mann zu einem Monat Gefängnis.

Gewerbegerichts-Entscheidung.

Eine die Arbeiter aller Gewerbe interessirende Verhandlung kam im Laufe der vorigen Woche vor dem hiesigen Gewerbegericht zur Entscheidung. Beklagt war der Schneidermeister Bertelt. Der Kläger, Schneidergeselle Kusche, ließ sich durch den Fachkollegen Fr. Kulemeier vertreten. Der Kläger war seit Ostern vergangenen Jahres bei B. in Arbeit. Seit kurzer Zeit glaubte er sich den anderen Gehülfen gegenüber benachteiligt. Letztere hatten nämlich teilweise Arbeit; der Kläger aber erhielt weder Arbeit noch Kündigung. Kläger beansprucht aus diesem Grunde eine vierzehntägige Entschädigung an Arbeitslohn im Betrage von 30 Mk. Schon bei Beginn der Verhandlung ging dem Beklagten ein Licht auf, als er den Schneider Kulemeier als Vertreter sich legitimiren sah. Beklagter protestirte nämlich gegen die Vertretung, indem er geltend zu machen suchte, daß Kulemeier ein Aufwiegler sei (!) und derartige Vertretungen professionsmäßig betreibe. Der Vertreter legte dagegen klar, daß er Derartiges niemals geschäftsmäßig getan habe. In diesem Falle vertrete er den Kläger, weil derselbe Pole und infolgedessen der deutschen Sprache wenig mächtig sei. Der Vorsitzende fragte bei dem Richterkollegium an, ob Kulemeier in einer derartigen Weise bekannt sei, wie sie vom Beklagten angegeben wurde. Dies wurde verneint, worauf der Vorsitzende (Stadtrat Götz) erklärte, daß gegen die Vertretung nichts einzuwenden sei. In der Verhandlung behauptete der Beklagte, keine Arbeit resp. keine für den Kläger passende Arbeit gehabt zu haben. Auch müsse es ihm als Meister freistehen, die vorhandene Arbeit einzuteilen, wie es Lust habe. Der Vertreter des Klägers legte klar, daß derselbe kein schlechter Arbeiter sein könne, denn sonst hätte derselbe nicht dreiviertel Jahre zur Zufriedenheit bei dem Beklagten arbeiten können. Derselbe betonte ferner, daß derartige Verhältnisse im Schneidergewerbe sehr eingerissen seien. Junge Leute werden, selbst wenn keine Arbeit vorhanden ist, hingehalten. Dadurch sind dieselben gezwungen, Kost- und Logisschulden zu machen. Das Gewerbegericht trat der Ansicht des Klägers bei und verurteilte den Beklagten zu 20 Mark Entschädigung mit der Begründung, daß ein Arbeitgeber, wenn er Arbeiter nicht entläßt, für Arbeit oder Entschädigung sorgen müsse.

Nachtrag.

Stiftungsfest. Am Sonnabend Abend fand in den Räumen der „Konkordia" das Stiftungsfest des sozialdemokratischen Arbeitervereins statt. Dasselbe war von etwa 1000 Personen besucht, unter denen die Mädchen und Frauen sehr zahlreich vertreten waren. Das sehr reichhaltige Programm bot eine schöne Auswahl von guten Konzertstücken, die unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Kuban von den wackeren Musikern mustergiltig zu Gehör gebracht wurden. Zwei Nummern mit Trompetensolo sprachen am meisten an. Die humoristischen Kostümkouplets, die von einem Dilettanten sehr routinirt vorgetragen wurden, ernteten gleichfalls reichen Applaus. Sehr gut wurden auch die Lieder für vierstimmigen Männergesang zu Gehör gebracht, welche die rührige Gesangs-Abteilung des Arbeitervereins zur Freude der Festgenossen vortrug. Wir können dieselbe zu ihrem schönen Erfolge nur beglückwünschen. Wahre Begeisterung aber riefen die mit entsprechenden Deklamationen eingeleiteten lebenden Bilder hervor, in welchen die Arbeit verherrlicht wurde. Wieder und wieder mußte der Vorhang aufgezogen werden und immer neue Beifallssalven durchbrausten den Saal, Zeugnis von der Gesinnung der Festesteilnehmer ablegend. Dieser gab denn auch Genosse Hennig in seiner Festrede entsprechenden Ausdruck. Er betonte mit Recht den himmelweiten Unterschied, der zwischen den Festen der Bourgeoisie und jenen der klassen- und zielbewußten Arbeiterschaft zu finden ist, und ermahnte die Anwesenden, namentlich aber die Mädchen und Frauen der Arbeiter, allezeit fest und treu zur Fahne des kämpfenden Proletariats zu stehen. Sein Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie fand einen dreimaligen begeisterten Widerhall. Wir werden die Festrede ihrer Wichtigkeit wegen morgen ausführlich bringen. Ihren Höhepunkt erreichte die Festesfreude, als Genosse Gießmann vor die Rampe trat und den Anwesenden die Mitteilung machte, daß unser Reichstagsabgeordneter für den Ostkreis Breslau, Genosse Tutzauer, von Berlin aus ein Begrüßungstelegramm an die Festteilnehmer abgesandt habe, da er persönlich leider nicht erscheinen konnte. Dasselbe lautet: „Herzlichsten Gruß den Festgenossen. — Hoch die Organisation! Tutzauer." Dasselbe wurde selbstverständlich mit großem Jubel begrüßt. — Um 11½ Uhr begann dann der Tanz, welcher natürlich ebenso animirt und ungestört verlief, wie der erste Teil des Festes. Obwol gegen die Mitternachtsstunde bereits mancher Teilnehmer des Festes den heimischen vier Pfählen zusteuerte, war eine Abnahme in der Fülle der Besucher keineswegs zu verspüren, da noch bis um Mitternacht immer neue Teilnehmer herbeiströmten, die früher zu erscheinen durch Arbeit oder Fachversammlungen verhindert waren. — Erst in vorgerückter Morgenstunde, gegen 4 Uhr früh, erreichte das Stiftungsfest sein Ende, das wol mit Fug und Recht als eins

der bestgelungensten zu verzeichnen ist, welches der Arbeiterverein jemals gegeben hat.

Große Volks-Versammlung. Am Sonntag, den 21. d. Mts., fand im Saale des Volksgartens, Michaelisstraße, eine Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Taktik der sozialdemokratischen Partei, Referent: Reichstagsabgeordneter Albert Schmidt-Mittweida. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Versammlung war von etwa 600 Teilnehmern besucht, darunter weit über 100 Frauen. Genosse May eröffnete dieselbe gleich nach 12 Uhr. Ins Bureau wurden die Genossen Hennig als erster Vorsitzender, May als stellvertretender Vorsitzender und Ottawa als Schriftführer gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende alsdann dem Referenten, Genossen Albert Schmidt, das Wort. Derselbe führte etwa Folgendes aus: In Berlin sei von der sogenannten Opposition die Frage aufgeworfen worden, ob die Sozialdemokratie sich noch fernerhin an den Wahlen und den parlamentarischen Arbeiten beteiligen soll oder nicht. Diese Frage ist durch Beschlüsse und Kongresse bejaht worden. Eine Anzahl von Männern habe sich jedoch auf einen entgegengesetzten Standpunkt gestellt. Der Versammlung gegenüber werde es ihm leicht sein, seinen Standpunkt zu kennzeichnen, denn die Breslauer Parteigenossen haben durch die Teilnahme an den Wahlen zum Gewerbe-Schiedsgericht gezeigt, daß sie sich die politischen Rechte nicht nehmen lassen wollen. Wie er gehört habe, wollen sich die Genossen auch an den kommenden Stadtverordnetenwahlen beteiligen. Die Anhänger der sogenannten Opposition sagten nun, die Partei könne auf gesetzlichem Boden nichts erreichen. Diese Ansicht ist jedoch grundfalsch. Richtig würde sie nur dann sein, wenn die Sozialdemokratie nur ihre letzten Ziele auf dem von der Opposition vorgeschlagenen Wege erreichen wollte. Genosse Liebknecht habe sich auch in diesem Sinne auf dem St. Gallener Kongreß ausgesprochen. Das heutige Parlament trage den Charakter der Klassenherrschaft an sich als ein Spiegelbild des Klassenstaates. Das Verschwinden der sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Parlamente wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf das öffentliche und politische Leben. Wir Arbeiter haben ein lebhaftes Interesse daran, uns mit dem Staat und seinen Einrichtungen bekannt zu machen, denn, wenn die Sozialdemokratie einmal zur Herrschaft gelangen sollte, so müßte sie auch Personen haben, welche das Staatsruder zu führen verständen. (Sehr richtig!) Durch die Teilnahme am Parlamentarismus erhalte die Arbeiterschaft auch Einblick in die geheimsten Getriebe des Staates. Das Parlament biete ferner Gelegenheit, die Interessen der Arbeiter nach den verschiedensten Richtungen hin energisch zu vertreten. Die Beteiligung an den Wahlen habe deshalb nicht nur eine agitatorische, sondern auch eine positive Bedeutung. Ohne Sozialdemokratie gäbe es auch keine Sozialreform, das habe auch seinerzeit Fürst Bismarck gesagt. — Referent berührt alsdann in eingehender Weise die Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Dieselbe werde die Arbeiter allein nicht zum Ziele führen, immerhin kann dadurch die Lage der Arbeiter in gesundheitlicher und auch in geistiger Beziehung besser gestaltet werden. Wir erstreben, die wirtschaftliche Lage zu verbessern durch die gemeinsame Produktion, die Opposition auch. In diesem Punkte befinden wir uns in Uebereinstimmung mit derselben. Beide Parteien haben einen gemeinsamen Feind, ein gemeinsames Ziel, warum sollten sie sich deshalb bekämpfen, weil man in untergeordneten Dingen anderer Ansicht sei. Er glaube nicht, daß es der Opposition ernst damit sei, die soziale Frage auf den Barrikaden lösen zu wollen. Wir können die Revolution weder machen noch unterdrücken. Das erstere können wir schon aus dem Grunde nicht, da wir die Massen noch nicht hinter uns haben. Wir unterscheiden uns dadurch von der Opposition, denn wir wollen nicht, daß bei gewissen Anlässen Tausende von edlen Arbeitern wie Spatzen zusammengeschossen werden; zu solchen Narreteien geben wir uns eben nicht her! (Bravo!) In gewissen Kreisen warte man ja sehnsüchtigst nach einem solchen Anlasse; er erinnere nur an eine in jüngster Zeit in hohen Kreisen gemachte Aeußerung an Soldaten, daß dieselben vielleicht nicht nur gegen ihre Freunde, sondern auch gegen ihre eigenen Angehörigen zu kämpfen hätten. Wir müssen unsere Taktik immer nach den jeweiligen Verhältnissen einrichten. Um den Kampf gegen die derzeitige Gesellschaftsordnung erfolgreich aufnehmen zu können, bedürfen wir der Oeffentlichkeit. Deshalb benützen wir die Presse, Vereine, Versammlungen und in letzter Linie das Parlament. Hieraus ersieht man, daß der Schwerpunkt nicht im Parlament, sondern überhaupt in der Oeffentlichkeit liegt. Referent kommt hierauf auf die Maßregelung in Staatswerkstätten zu sprechen und hebt alsdann besonders die Pflichten hervor, die wir dem Staate gegenüber zu erfüllen haben. Wenn wir Brot verlangen, dann giebt man uns Steine, verlangen wir Freiheit und Gerechtigkeit, dann zeigt man uns die Spitzen der Bajonette! (Brausender Beifall.) Wenn die deutsche Arbeiterschaft trotz aller dieser Bedrückungen dennoch einen friedlichen Sinn bezeuge, so sei das nur der Sozialdemokratie zu verdanken, denn diese habe stets vor unbedachten Bewegungen gewarnt, aber es könne doch eine Zeit kommen, wo die Arbeiter diesem Staat den Gehorsam verweigern werden. Wenn die herrschende Unzufriedenheit durch fortgesetzte Bedrückungen noch größer wird, dann könne der Strick endlich einmal doch reißen, die Sozialdemokratie werde alsdann die Massen nicht mehr halten können und was dann kommt, das sei dann nicht der Sozialdemokratie zuzuschreiben. (Stürmischer Beifall.) Die große Masse müsse vor allen Dingen nach bestimmten Grundsätzen aufgeklärt werden. Da gäbe es noch ein großes Feld zu bearbeiten, wobei Jeder für seine Tätigkeit einen Platz finden könne, weil der Rahmen des Parteiprogramms ein großer sei. Kleinliche Dinge sollten aber nicht dazu benutzt werden, uns zu spalten und zu gemeinschaftlichem Kampfe unfähig zu machen! Es müsse sich Jeder den Beschlüssen der Gesammtpartei unterordnen und in ihrem Sinne auch zu wirken suchen; man solle wenigstens nichts unternehmen, was dem Vorwärtsschreiten der Partei hinderlich sei. Die Partei hege in ihren Reihen kein Paschatum, sie wolle keine Parteiregierung, sie liebe die Freiheit. In der Sozialdemokratie stehe Keiner höher, Keiner niedriger! Wer eine Diktatur ausüben wolle, fliege einfach von seinem Posten! Opposition solle gemacht werden, aber ihre Form solle in sachgemäßem Gewande auftreten; sie dürfe nicht zum Leitmotive irgend welcher Gehässigkeiten werden. Die Opposition müsse sich im Rahmen des Parteiprogramms bewegen; jede sich außerhalb desselben stellende Opposition hindert die Partei in ihrer Tätigkeit. Lassen wir also alle Zänkereien und Nörgeleien aus dem Spiele und halten wir uns an das, was die Parteitage beschließen. Wir bedürfen jetzt in besonderem Maße der Einigkeit, weil man uns schon wieder mit besonderen Maßregeln droht. Wir täuschen uns über den Wert des Parlamentarismus nicht, wir können aber nicht davon abgehen, die uns gegebenen Institutionen zu benützen. Wir werden uns beteiligen an den Wahlen, wo nur etwas zu erreichen ist. (Beifall.) Daneben ist es unsere Hauptpflicht, in die Reihen des Volkes zu gehen und Aufklärung zu bringen, so durch politische Vereine und namentlich durch die Presse. Wir werden uns den jeweiligen Verhältnissen anpassen, kommen aber gewisse Zeiten, dann werden wir es mit einer aufgeklärten Masse zu tun haben. (Lebhafter Beifall.)

Nach Schluß des Vortrages verlas der Vorsitzende eine eingelaufene Resolution. Dieselbe wurde gegen eine Stimme angenommen. Sie lautet:

„Die heute im Volksgarten versammelten Männer und Frauen des Proletariats erklären sich mit den Ausführungen des Referenten über die Taktik der sozialdemokratischen Partei voll und ganz einverstanden.

Wir erkennen die Berechtigung freiester Meinungsäußerung voll und ganz an, so lange sich dieselbe im Rahmen der Wolanständigkeit bewegt; eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit über die Taktik unserer Partei können wir jedoch nicht gutheißen.

Wir sind sicher, daß die Sozialdemokratie erst die moralische Macht im Staate erringen muß, ehe sie die politische erringen kann. Zu diesem Zwecke müssen alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen sich auf das Engste aneinanderschließen, sowie unausgesetzt für die Verbreitung unserer Presse eintreten.

Wir haben nur ein Ziel — und das ist die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus!"

Wegen Raummangels folgt der **Schluß** des Berichtes in der nächsten Nummer. —O.—

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 13. Februar.

Heirats-Ankündigungen. I. Haushälter Richard Czichon, kath., Schuhbrücke 61, und Clara Zukier, kath., Altbüßerstraße 10. — Obsthändler Paul Feige, kath., Friedrich Karlstraße 7, und Julie Gauschinietz, kath., daselbst. — II. Maschinenschlosser Albert Friedrich, kath., Ohlauer Stadtgraben 26, und Ida Hanke, evan., Alexanderstraße 11. — Arbeiter Carl Böhm, kath., Lehmgruben 48, und Hedwig Wittek, kath., daselbst. — Sattler Gustav Rösler, ev., Lehmgruben 32, und Paul Zebel, ev. Lohestraße 57. — III. Kaufmann Johann Schubert, kath., Adalbertstraße 28, und Amalie Müller, geb. Neukirch, kath., daselbst. — Zimmermann August Langner, evan., Wäldchen 6, und Ottilie Padua, geb. Flieger, evan., daselbst. — Kutscher Josef Kluger, kath., zu Rawitsch, und Caroline Fuchs, ev., Vinzenzstraße 24.

Eheschließungen. I. Schneider Wilhelm Scheerbaum, ev., mit Emilie Nowak, ev., hier. — Musiker August Mitscha, kath., mit Valeska Geilich, ev., hier. — Schuhmacher Karl Hrabetz, kath., mit Maria Rößner, kath., hier. — Schmied Josef Katzer, kath., mit Emilie Gröger, kath., hier. — Gelbgießer Karl Flegel, kath., mit Marie Troschke, ev., hier. — II. Maschinenschlosser Paul Martin, ev., mit Ida Lommer, ev., hier. — Maschinist Hermann Lehnert, ev., mit Hedwig Gintzel, ev., hier. — Schausteller Maxim. Kuhnt, kath., mit Ernestine Tiller, geb. Liebelt, kath., hier. — Klempner Wilh. Pohl, evan., mit Johanna Handtke, ev., hier. — III. Kgl. Distrikts-Kommissarius Richard Trenner, ev., zu Pogorzela, mit Luise von Werenbach, adoptirte Stach v. Goltzheim, ev., hier. — Tischler Adolf Prizlwara, kath., mit Agnes Willner, ev., hier. — Haushälter Paul Krause, kath., mit Alwine Pawlitzke, kath., hier. — Konditor Karl Gierczuch, kath., mit Ida Wirt, ev., hier.

Geburten. I. Litograph Hermann Fichtner, ev., T. — Sattler Wilhelm Schuch, ev., T. — Haushälter Eduard Pohl, ev., S. — Techniker Rudolf Kusch, kath., S. — Kutscher Josef Dobras, kath., T. — Schneider Josef Hanisch, kath., S. — Fleischer Franz Thomas, kath., T. — Schneider Macarius Podembski, kath, S. — Schlosser Josef Werner, kath., S. — Tischler Ludwig Gronwald, ev., T. — II. Braumeister Alois Pischel, kath., S. — Zimmergesell Wilhelm Schröter, ev., T. — Kgl. Eisenbahnkanzlist August Dahms, ev., T. — Kaufmann Otto Hanke, kath., T. — Eisendreher Ernst Göppert, ev., S. — Schlosser Josef Wutichel, kath., T. — Schlosser Hermann Ruh, kath., T. — Schmied Karl Hartelt, kath., S. Töpfer Fritz Valentin, kath., S. — Gelbgießer Reinhold Rohleder, ev., T. — Buchdrucker Arnold Hoffmann, kath.. T. —

Vereins-Kalender.

Breslau. Sozialdemokratischer Arbeiterverein zu Breslau. Jeden Montag, Abends von 8—10 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „Zu den drei Tauben", Neumarkt 28. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Breslau. Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher u. verwandten Berufsgenossen Filiale I). Jeden Montag, Versammlung von 7½ bis 9½ Uhr im Vereinslokal bei Schnabel, Alexanderstraße 5. Zahlabend. Aufnahme neuer Mitglieder. Kollegen, welche nicht der Vereinigung angehören, sind als Gäste willkommen.

Breslau. Verein der Litographen, Steindrucker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Zahlstelle Breslau). Jeden Montag Zahlabend; jeden Montag nach dem ersten eines Monats Mitglieder-Versammlung. Vereinslokal Café Restaurant Carlstraße. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Breslau. Verein deutscher Schuhmacher. Jeden Montag mit Ausnahme des Montags nach dem 15 jeden Monats, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung im Restaurant Zabel, Kleine Groschengasse 15. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Breslau. Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer und Anstreicher. (Filiale II.) Jeden Montag nach dem 1. und 15. des Monats, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Restaurant Karasch, Ritterplatz. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Briefkasten.

Redaktion für den politischen Teil.

Faustulus (Breslau). ?!? Mit Ihrem Hinweis auf das bewußte Agitationsfeld ersuchen wir Sie, um den ersten Schritt zur praktischen Verwirklichung zu tun, sich gefälligst an die Vertrauensmänner für Breslau-Ost und -West, die Genossen May und Burkert, wenden zu wollen.

Was die „Skarier" anlangt, so fristete das Unternehmen schon vor Jahrzehnten nur ein sehr kümmerliches Dasein, was auch natürlich nicht gut anders denkbar. Derartige Versuche tragen die Todeskeime in sich selbst. Wenn überhaupt noch Reste dieser Gesellschaft jetzt vorhanden sind, so können das nur sehr dürftige sein. Dementsprechend dürfte es mit der Zeitung dieser Schwärmer stehen.

Wenn es gelingen sollte, Näheres hierüber in Erfahrung zu bringen, werden Sie benachrichtigt werden.

Briefkasten für den lokalen Teil.

Herrn Franz Furch, Neustadt. Wie Sie sehen, haben wir Ihre Berichtigung gebracht, soweit sie eben halbwegs sachlich gehalten war. Auf Abdruck jener Stellen, an welchen Sie in denselben Fehler verfallen, wie der „Rote Weber" angeblich es getan haben soll, werden Sie wol selbst nicht gerechnet haben. Wir dürfen uns unmöglich im eigenen Hause beleidigen lassen. Im Uebrigen haben wir Ihnen die vorige Nummer pünktlich zustellen lassen, tun dies mit der gegenwärtigen ebenfalls und sehen damit unsererseits die Angelegenheit für erledigt an.

Frau K., hier. Sie haben durchaus Recht. Aber nicht allein den Referenten genirt der Tabaksqualm, sondern mit der Länge der Zeit hat jeder Besucher unter der verdunsteten Atmosphäre zu leiden. Daß gestern eine derartige Anregung nicht geschah, ist aber, wie Sie als eifrige Versammlungsbesucherin wissen werden, lediglich dem Zufall zuzuschreiben. Wir werden darauf achten, daß in Zukunft bei Volksversammlungen das Rauchverbot auch im Interesse der Frauen eingeführt wird. — Besten Gruß.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 38 der „Volkswacht" muß es S. 1, Sp. 1 in dem Gedicht „Stoßseufzer" statt „die Schwüle" heißen: „diese Schwüle".

Ferner muß es in dem Leitartikel „Die Schwerter heraus" auf S. 2, Sp. 1, in der 11. Zeile von oben, statt „im Namen des Protestantismus" heißen: „im Namen des Professorentums".

Todes-Anzeige.

Am 18. dieses Monats, Abends 7 Uhr, verschied nach 6stündigen Leiden unser geliebtes Kind

Luise Fellenberg

im Alter von 2 Jahren 1 Monat, am Gehirnschlag.

Dies zeigt an

Max Fellenberg nebst **Frau.**

Beerdigung: Dienstag Nachmittag 3½ Uhr.

Trauerhaus: Siebenhufenerstr. 7.

Montag, den 15. Februar cr., Abends 8 Uhr

Oeffentliche

Gewerkschafts-Versammlung

in Olafske's Etablissement, Gräbschenerstraße.

Tages-Ordnung;

1. Die Stellung der Arbeiter zu den Streiks und Boykotts. — Referent: Reichstags-Abgeordneter Albert Schmidt-Mittweida.
2. Diskussion 3. Verschiedenes.

Sämmtliche Gewerkschaftsmitglieder werden hierzu eingeladen.

Entree 10 Pf. Der Einberufer.

Fachverein der Stuckateure.

Dienstag, den 16. d. M. Ab. 8 Uhr

General-Versammlung

in Zabel's Restaurant.

Erscheinen sämmtlicher Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

Socialdem. Lese- u. Diskutir-Club „Gleichheit".

Dienstag, den 16. Februar, Abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof „zum Raben" (Sartisch), Vorwerkstraße 47.

Die dem Stuckateur Herrn Gustav Reichelt zu Breslau zugefügte Beleidigung nehme ich nach stattgehabtem Vergleich hiermit zurück.

Breslau, den 14. Febr. 1892.

Karl Golsch, Stuckateur.

Lese- und Diskutir-Klub „Freiheit".

Vereinsabend jeden Dienstag Abend 8 Uhr in Herrn Kulm's Lokal, Ludwigstrasse 3, „zum Rosenhain".

Der Vorstand.

Soeben erschienen:

Der wahre Jakob 145,

illustrirtes soziald. Witzblatt.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Colporteure und die Expedition der „Volkswacht".

Ein Buchbindergehilfe, tüchtig und gewissenhaft, sucht Beschäftigung. Stellung ist auch in anderen industriellen Etablissements, in denen Buchbinder benötigt werden, erw. Gefl. Off. unter A. I. an die Exped. der „Volkswacht" erbeten.

Mein Bureau

befindet sich jetzt

Carlsstrasse 13, Ecke Schlossstr.

(Eingang Karlstraße vis-à-vis dem Kaiserl. Palais.)

Dr. Epstein, Rechtsanwalt.

Soeben erschien:

Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes.

Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Expedition der „Volkswacht."

Hilfe!

Ein ländlicher Grundbesitzer aus der Umgegend Breslaus, der wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung aus der betreffenden Ortschaft „hinausgegrault" werden soll, **benötigt auf das Dringendste** ein Kapital von **etwa 200 Mark**, die hypothekarisch sicher gestellt werden, um seinen kapitalistischen Gegnern die einzige Waffe entwinden zu können. Es erteilt sowol die Expedition als auch die Redaktion jede gewünschte Auskunft über den Gesuchsteller. Meldungen werden ehestens erbeten.

Arac, Rum und Cognac

selbst importirt, in allen Preislagen, en gros & en détail.

ff. Punsche:

Bananen-, Burgunder-, Kaiser-Wein ꝛc. Punsch,

Glühwein-Extrakt und Grogessenzen

ff. Original- und Tafel-Liqueure:

Annaberger Klosterbitter, Mandarinen Ginger, Nachod, Benedictiner Chartreuse, Kakao, Curaçao,

Alter Breslauer Korn mit Wein abgezogen

1890er Johannisbeerwein, selbst gekeltert, ohne jeden Spritzusatz billiges, köstliches, erfrischendes Getränk, eignet sich vorzüglich zu Bowlen,

Ia. Brombeer-, Himbeer-, Johannisbeer-, Kirsch- und Citronen-Syrup, Essigsprit, ff. Frucht- und Weinessig.

ff. Tafelmostrich

empfiehlt

Hermann Seidel,

Verkaufsstellen; Ring 27 im Ausschank im Hausflur im Comptoir im Hofe.

Der sozialdemokratische Staat.

Grundzüge einer mutmaßlichen ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems

von **Oswald Köhler.**

Mit 2 graphischen Darstellungen.

Das Werk ist zu beziehen in 6 Heften à 20 Pf., broschirt 1,20 Mk., elegant gebunden 1,60 Mk.

Die Expedition der Volkswacht.

Der schlechten Zeitverhältnisse

wegen erhält jeder Arbeiter bei Einkauf von 3 Mark an bei meinen bekannt billigen Preisen noch 4 pCt. Rabatt in bar ausgezahlt. Mein Lager ist in

Herren- u. Knabengarderoben, Federzeug und Stoffhosen, Hemden, Blousen etc.

auf das Beste sortirt.

Bestellungen nach Maaß fertige ich unter Garantie. 11

J. Berger,

Kr.-Wilhelmstraße 43.

Arbeiter-Artikel-Spezialgeschäft.

Rohtabake!

in besten, gut brennenden Qualitäten zu billigsten Preisen empfiehlt

Johannes Kubis, Kreisenas-Platz Nr. 1.

Im Verlage der Buchdruckerei Gutenberg, Zeitz erschien soeben:

Die zehn Gebote und die heilige Klage.

Nach dem gleichnamigen Vortrage von Adolph Stoecker.

Erste Auflage 20 Pfennige.

Zweite verbesserte und vermehrte Auflage (10,000 Exemplare) innerhalb sechs Wochen vollständig vergriffen.

Zu beziehen durch die Exped. der „Volkswacht".

Die wahre Geschichte des Josua Davidsohn.

(Ein sozialistischer Roman.)

Aus dem Englischen übersetzt von W. Liebknecht.

Neue Ausgabe.

(7½ Bogen Oct. Preis nur 30 Pfennig)

Dieser Roman, der zum ersten Male in der Mitte der siebziger Jahre in der „Neuen Welt" erschien, aber bald dem sozialistengesetzlichen Verbote verfiel, hat schon früher den lebhaften Zorn der Schwarzen erregt, seine bloße Ankündigung vor einigen Wochen hat die Herren abermals arg in Harnisch gebracht, ein ganz besonderer Grund für die Genossen, dieses vorzügliche Agitationsbroschürchen in recht weiten Kreisen von bis jetzt noch Indifferenten zu verbreiten. Um eine Massenverbreitung zu ermöglichen, ist den Preis für das über 7 Bogen starke Buch auf den fabelhaft billiger Preis von nur 30 Pfennig festgesetzt worden.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Soeben erschienen:

Die christliche Kirche und der Sozialismus.

Eine sozialdemokratische Antwort auf die Encyklika Leo XIII.

Von **Kurt Falk.**

Preis 35 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition und Colporteure dieses Blattes.

Zwei Vorträge von Domela Nieuwenhuis.

I. Die Kirche und die soziale Frage.

II. Mein Abschied von der Kirche.

Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von E. Harders und E. Groth.

Höchst interessante und gemeinverständliche Agitationsschrift.

Preis 25 Pf.

Die Darlegungen unsers holländischen Parteigenossen, betreffend die Stellung der Kirche zur sozialen Frage, dürften ein um so allgemeineres Interesse beanspruchen, da Domela Nieuwenhuis, bevor er zur Sozialdemokratie übertrat, jahrelang ein angesehene Stellung als Geistlicher der holländischen Kirche einnahm.

Durch die Expedition der „Volkswacht" sind folgende Schriften zu beziehen:

Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren Gebund. Mk. 2,00.

Blos, W., Die französische Revolution. Broschirt Mk. 4,00. Gebund. Mk. 5,50. Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.

Aveling, Die Darwin'sche Theorie. Gebund. Mk. 2,00.

Lichtstrahlen der Poesie. Gedichtsammlung, ausgewählt v. Max Kegel Illustrirt von Otto Emil Lau. J. Prachtband, mit Goldschnitt, gebunden Preis Mk. 3.50.

Die ländliche Arbeiterfrage. 2. Aufl. Gebund. Mk. 2,00.

Dr. W. Zimmermann's **Großer Deutscher Bauernkrieg.** Illustr. Volks-Ausgabe. Erscheint in Heften à 20 Pf.

Kautsky, Thomas More. Geb. Mk 2,50

Lommel, G., Johannes Huß. 7. A. Historische Studie. 25 Pf.

Bebel, Charles Fourier Geb. Mk. 2,50

Schippel, Das moderne Elend. Geb. Mk. 2,00.

Verantwortlich: für den politischen Teil: Fritz Kunert, Wilhelmshafen 1. — Für den lokalen und provinziellen Teil: Karl Thiel, Waisstraße 14c III.